

Sozialdemokratischer Pressedienst

Correspondent und Chefredakteur:
J. Z. Dr. C. Geyer.
Telephon: Stadt 0240 4198/4199



Redaktion für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckverlag: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Zusicherung geschützt. Abnahme beträgt 4 Bogen
nur beim Einzelverkauf, wenn nicht anders vermerkt ist. Erscheinungsort für beide Seiten ist Berlin.

Berlin, den 12. Aug. 1930

Das Ende der Kurden.

Hr. H. H. H.
Gee. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Stambul, 12. August (Eig. Drahtb.)

Nachdem der jüngste Kurdenaufstand im Wesentlichen niedergeworfen war, ist ein ernster Konflikt zwischen der Türkei und Persien entstanden, weil die Türkei das Recht zum Grenzübertritt für türkische Truppen im Ararat-Gebiet forderte. Die Forderung hat zu einem türkisch-persischen Notenwechsel geführt. Da Persien die Besetzung persischen Gebiets durch türkische Truppen verweigerte, sind die türkischen Truppen trotz des Protestes der persischen Regierung in das Ararat-Gebiet eingerückt und haben den persischen Teil des Gebietes besetzt.

Mit der Niederwerfung des jüngsten Aufstandes im persischen und türkischen Kurdengebiet wird das Schicksal der Kurden als Volk in der Geschichte des Vordern Orients für immer besiegelt sein. Damit ist ein Stück Romantik der östlichen Welt hinüber und die Überbleibsel eines nach mehreren hunderttausenden zählenden Volks von ritterlichen Räubern werden in Zukunft im Staatswesen nach europäischem Zuschnitt als gesittete Staatsbürger dahinvegetieren.

Kurdistan hat versucht sich noch nach dem Kriege als Rumpelkammer eines mittelalterlichen Feudalismus zu konservieren, was unter der Herrschaft der türkischen Sultane möglich gewesen war. Die Kurden sind die gehätschelten Lieblinge der konstantinopler Despoten - namentlich Abdul Hamids - gewesen, der in ihnen die zuverlässigen Stützen seiner Herrschaft, vor allem aber eine ständige Geißel über dem Haupt der von ihm so bitter gehassten Armenier gesehen hat. Es ist einer der sonderbaren Zufälle in der Geschichte, dass ihnen jetzt von ihren ehemaligen Schutzpatronen das gleiche Los bereitet wird wie ihren einstigen Feinden.

Ihre privilegierte Stellung ist nach dem Kriege gänzlich ins Wanken geraten, weil ihr Territorium zunächst unter drei Reiche Türkei, Persien und Irak aufgeteilt wurde. Damit büßten die Kurden nicht nur ihren politischen Zusammenhang ein, sondern bekamen auch bis in ihre Bergschlösser hinein die Wirkungen zu spüren, die sich aus der völligen Veränderung der gesamten Verhältnisse des Orients ergeben. Der härteste Schlag, der die Kurden getroffen hat, war das Aufhören der Subventionspolitik Stambuls. Die Bakschische für die unentwegte Treue am Padischah sind die Haupteinnahmequelle der Begs gewesen, während ihre Gefolgschaft kümmerlich von Karawanen eskorten, Karawanenräubereien, Viehzucht und Beutezügen wie von den Brocken lebte, die vom Tische der Grossen fielen. Auch dieses Idyll hat der Weltkrieg grausam zerstört, denn neben dem Ausbleiben der Hilfgelder fiel auch die parasitäre Ausnutzung des Handels fort, weil der Warenverkehr von der Küste nach Persien und Mesopotamien teils andere Wege einschlägt und sich teils anderer Transportmittel bedient.

Die Unzufriedenheit der Kurden über die Zerstörung ihrer Existenz wurde

gesteigert durch Einflüsse, die aus dem Lager der verjagten Sultane gekommen sind. Ihre Parteigänger erhofften die Wiederherstellung der Monarchie vom kurdischen Hochplateau her. Wie alle wirtschaftsfremden Völker haben auch die Kurden geglaubt, dass sie im Stande waren, sich ihre sorglose Vergangenheit mit der Waffe in der Hand zurückzuerobern und ihre Wackriegsgeschichte ist eine Reihenfolge von blutigen Fehden und Aufständen gegen die jetzigen Gewalthaber in Persien und in der Türkei. Ihr erster Ansturm hätte die junge türkische Republik beinah in ihren Grundfesten erschüttert, aber das Misslingen dieser Attacke hat auch die beste Kraft der Kurden gebrochen. Ihre jetzige Erhebung war eigentlich nichts anderes als ein Akt toller und sinnloser Verzweiflung. Als das Fazit der Rebellion, die nicht viel über einen Monat gedauert hat, ergibt sich der völlige Zusammenbruch des alten Systems. Die Blüte der kurdischen Mannschaft ist in einem wütenden Guerillakrieg der überlegenen militärischen Technik ihrer Gegner wie dem Hunger und der Kälte in den Talkesseln ihrer Bergheimat zum Opfer gefallen.

Türkische und persische Truppen hatten bisher in allen Phasen des Kampfes nach einem einheitlichen Plan zusammengearbeitet. Militärisch lief der Kampf auf eine verzweifelte Abwehr der von den türkischen und persischen Verbänden eingesetzten Flugzeuge durch kurdische Scharfschützen hinaus. Es gelang diesen Flugabwehrabteilungen trotz ihrer primitiven Mittel lediglich durch Gewehrfeuer nicht weniger als vier türkische Flieger herunterzuholen, aber nach wütenden Rückzugsgefechten wurden die Überreste der kurdischen Streitkräfte schliesslich auf den Hochebenen des Araratgebirges zerniert und zur Übergabe gezwungen. Mit welcher Erbitterung auf beiden Seiten gefochten wurde zeigt die Tatsache, dass die Kurden ihren Gefallenen die Köpfe abzuschneiden pflegten, um deren Verwandten nicht der Rache der Sieger auszusetzen.

Bei der Niederwerfung des Aufstandes sind von Türken und Persern grundverschiedene Methoden in Anwendung gebracht worden, die charakteristisch sind für die ganze Art wie in beiden Ländern Politik und Reformen gemacht werden. Während die Türken nach der Beendigung der Kämpfe ihre Rache in einem Meer von Blut kühlten und dreitausend Kurden darunter auch Frauen und Kinder massakrierten, haben die Perser den Besiegten goldene Brücken gebaut und ihnen durch ein Ultimatum Zeit zur friedlichen Unterwerfung durch Entwaffnung gelassen. Wie gross die Waffenvorräte der Unterlegenen gewesen sind, geht daraus hervor, dass an einem Tage nicht weniger als 45 000 Gewehre moderner Konstruktion zur Ablieferung gelangt sind, woraus der Schluss gezogen wird, dass auch an der eben zusammengebrochenen Revolte fremde Einflüsse nicht ganz unbeteiligt gewesen sind.

SPD. Genf, 12. August (Eig. Drahtb.)

Die Regierungskommission des Saargebietes hat dem Völkerbund ihren zweiten Vierteljahresbericht für 1930 erstattet. In Auslegung einer Bestimmung des Versailler Vertrages hat die Kommission entschieden, dass Steuern und Umlagen des Saargebietes, die für dessen Bedürfnisse erhoben werden, in keiner Weise öffentliche Fonds sind, die der deutschen Verwaltung unterstehen, sondern ausschliesslich zur Verfügung der Regierungskommission sind. Von Januar bis Juni ist die Kohlen-, Koks und Erzproduktion weiter erheblich zurückgegangen, die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter hat in der gleichen Zeit um weitere 1000 abgenommen. Die Arbeitslosigkeit hat von Februar bis Juni von 8 276 auf 6 560 abgenommen, was aber gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres noch eine Vermehrung um mehr als die doppelte Anzahl Arbeitslose bedeutet. Bezüglich der Verwaltungstätigkeit wird berichtet, dass noch in 36 Gemeinden mit 420 000 Einwohnern die Wohnungszwangswirtschaft fortbestehen muss, während 254 Gemeinden mit 349 678 Einwohnern die Wohnungsfrage dem gemeinen Recht unterstellen konnten. Zur weiteren Behebung der Wohnungsnot wurde die Ermächtigung zu Zinsverbilligungen für Hypotheken gegeben und zur Auflegung kommunaler Anleihen in

Höhe von insgesamt 50 Millionen französischer Francs. Die Ein- und Ausfuhrkontingente, die im deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen vorgesehen und an denen jetzt 1 657 Firmen beteiligt sind, wurden für 256 Positionen re-partiert.

Sehr verschlechtert haben sich nach dem Bericht die gesundheitlichen Verhältnisse des Saargebiets. Die Geburtenziffer ist von 17 183 im Jahre 1928 auf 16 604 im Jahre 1929 zurückgegangen, während die Sterblichkeitsziffer von 7 924 auf 8 583 zugenommen hat. Auch die Kindersterblichkeit ist gegenüber 1928 von 1 473 auf 1 745 Todesfälle gestiegen. Beachtet man dagegen, dass die Zahl der Eheschliessungen fast gleich geblieben ist, so erhelle aus diesen nüchternen Zahlen allein die ungeheure Notlage des Saargebietes.

Im Verkehrswesen, bei der Post und in der Schulverwaltung werden Verbesserungen gemeldet.

Der ganze Bericht zeigt aufs neue, dass das Saargebiet bei seiner wirtschaftlichen und politischen Isolierung weiter ungeheurer Not leidet.

SPD. Frankfurt/M., 12. August (Eig. Dr.)

In Oppenheim am Rhein haben die Nationalsozialisten ihr Heldentum wieder einmal dokumentiert. Sie drangen, nachdem sie die Fensterscheiben zerschlagen hatten, in die Wohnung des jüdischen Führers des Reichsbanners Nathan Frank ein und demolierten die Wohnung vollständig. Die zwei Ortspolizisten, die der wild gewordenen Bande gegenüber nichts ausrichten konnten, riefen das Mainzer Überfallkommando herbei, dem allein es zu verdanken ist, dass Frank und seine Kameraden, die sich bei ihm in der Wohnung befanden, nicht totgeschlagen wurden. 12 der Helden wurden in das Amtsgericht in Mainz eingeliefert, 10 davon aber, wie das leider bei Nationalsozialisten zur Übung geworden ist, nach einem kurzen Verhör wieder freigelassen.

SPD. Frankfurt/M., 12. August (Eig. Dr.)

Der hessische Staatspreis für Kunst, der sogenannte Büchnerpreis, wurde in diesem Jahr dem Maler Professor Johannes Lippmann und dem Schriftsteller Schwarzkopf zuerkannt.

SPD. Paris, 12. August (Eig. Drahtb.)

Das Kabinett Tardieu hat am Dienstag zwei Ministerratssitzungen abgehalten, die in erster Linie der Frage des Budgetgleichgewichts gewidmet waren. Wie erinnerlich hatte Tardieu in seinen beiden letzten Reden mit der bei ihm gewohnten grossprecherischen Geste angekündigt, dass er eine neuerliche Erhöhung der Budget-Lasten mit allen Mitteln zu verhindern wissen werde. Wie immer blieb aber auch diesesmal die Tat hinter den grossen Worten zurück. Wohl beschloss der Ministerrat, eine generelle Revision der Budgetforderungen der einzelnen Minister durchzuführen, um das Gleichgewicht des Staatshaushalts wieder herzustellen, darüber hinaus aber begnügte er sich mit einer platonischen Entschliessung, "dass der Ministerrat einig sei in dem Glauben, ohne jede neue Steuer und ohne Anleihe den Bedürfnissen aus den letzthin beschlossenen Gesetzen, ferner den laufenden Ausgaben der Verwaltung, der nationalen Sicherheit usw. genüge tun zu können, trotzdem 48 Prozent des französischen Budgets durch Schuldentilgung absorbiert werden". Der Ministerpräsident, der Budget- und der Finanzminister wurden beauftragt, die praktische Durchführung dieser Beschlüsse zu überwachen. Aus dem Bericht des Budgetministers, Germain Martin, geht gleichzeitig hervor, dass die angeforderten Summen für 1931 das vorjährige Budget um sechs Milliarden überschreiten; nachdem bereits das

Budget von 1930 eine Erhöhung der Ausgaben um fünf Milliarden gegenüber dem Vorjahre gebracht hatte, und die Steigerung der Ausgaben von 1926 bis 1930 nicht weniger als 13 Milliarden betragen hatte. Es berichteten sodann Aussenminister Briand über die aussenpolitische Lage, Ackerbauminister Fernand David über die Ackerbau-Reform und Justizminister Peret über gewisse geplante Reformen im Justizwesen.

SPD. Halle, 12. August (Eig. Drahtb.)

Der Strassenterror nimmt in Halle von Tag zu Tag überhand. Heute in den Mittagstunden wurden auf der Hauptstrasse 3 Mitglieder der sozialdemokratischen Partei von etwa 15 Hakenkreuzlern umringt. Einem unserer Genossen wurde die Brille, allen dreien die Parteiabzeichen abgerissen. Ein hinzukommender Polizeibeamter wurde von dem Führer des Hakenkreuzlertrupps fotografiert, wobei er seinen Kameraden zurief: "Merkt Euch die Gesichter dieser Mistekels!" Die Nazis johlten und höhnten, als sie zur Polizeiwache transportiert wurden und äusserten ihre Befriedigung darüber, dass sie ihr Adressenmaterial wieder um einige gute Stücke bereichert hätten.

SPD. Halle, 12. August (Eig. Drahtb.)

Am 10. August wurden Mitglieder der SAJ, die auf Automobilen von einem Bezirksjugendtag in Eisleben nach Halle zurückkehrten, von Kommunisten überfallen und mit Latten und Fahnenstangen misshandelt. Auch wurde von den Kommunisten auf die Autos der SAJ mit Schrauben geworfen. Mehrere Mädchen der SAJ wurden verletzt. 5 der kommunistischen Rowdies wurden als Täter festgestellt und heute dem Schnellrichter beim Polizeipräsidenten Halle zugeführt. Einer der Strolchewisten, wegen Diebstahls sechsmal und wegen Unterschlagung und Aufruhrs mehrfach vorbestraft, wurde wegen Körperverletzung zu 6 Monaten, 2 andere wegen schwerer Körperverletzung und wegen Vergehens gegen die waffenverordnung des Reichspräsidenten zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei der Jungkommunisten wurden dem Jugendgericht vorgeführt. Die Haftbefehle wurden aufrecht erhalten.

SPD. Paris, 12. August (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit den chinesischen Unruhen hat die französische Admiralität die Entsendung eines vierten Kanonenbootes nach Hankau beschlossen. Dieses, das Aviso-Schiff "Tahure", ist am Dienstag mittag nach Hankau abgedampft. Drei andere französische Kanonenboote ankern bereits seit einigen Tagen vor dem Hafen von Hankau.

SPD. Aus Anlass des Verfassungstages ist zwischen den Parteien der Regierung Brüning eine Auseinandersetzung entstanden. Das Blatt des Minister Treviranus hat offen über die Verfassungsfeier gehöhnt, die Organe der konservativen Volkspartei und des Landvolk haben die Verfassungsfeier totgeschwiegen. Die "Germania" hat diese Haltung milde gerügt, sie hat sich aber daraufhin die folgende Antwort der Deutschen Tageszeitung zugezogen:

"Wenn die "Germania" meint, positive Mitarbeit im heutigen Staate erfordere auch die Konsequenz, sich zur Weimarer Verfassung zu bekennen, so müssen wir freilich sagen, dass ein Zeitpunkt, in dem doch auch Zentrumsminister sehr lebhaft Zweifel daran äussern, ob das deutsche Volk mit dieser Verfassung ohne gründliche Änderung auf die Dauer leben kann, besonders ungeeignet dazu

ist, grundsätzliche Gegner des überspitzten Parlamentarismus zu einem Bekenntnis zu Weimar einzuladen.

Wir haben am Verfassungstage auf Kritik schon deshalb verzichtet, weil wir wissen, dass ein falsches System nicht mit dem Munde fortgeblasen, sondern nur in zäher sachlicher Arbeit umgestaltet werden kann. In den Chorus der Lobredner von Weimar konnten wir uns aber auch schon wegen der Methoden nicht stellen, mit denen namentlich die preussische Regierung die Verfassungsfeier "volkstümlich" zu machen sucht. Auch die "Germania" kennt doch wohl die Verordnung über die Verlängerung der Polizeistunde und die Aufhebung der Lustbarkeitssteuer für Vergnügungen am Verfassungstage, richtiger vielleicht gesagt: in der Verfassungsnacht. Und da müssen wir schon sagen: Wenn die Regierung ein Volk, das einige Milliarden Tribute zu zahlen und einige Millionen Arbeitslose zu unterhalten hat, dazu animiert, diese Verfassung nach Kräften zu begiessen, zu betanzen und zu benächtigen - dann legen wir allerdings einigen Wert darauf, zu denen zu gehören, die dabei "abseits stehen"!

Die Erziehung der neuen Rechten zur republikanischen Staatspolitik durch das Zentrum hat hier ein sehr seltsames Resultat gezeitigt! Der hämische Ton, den das Organ des Ministers Schiele anschlägt, wäre beinahe den Nationalsozialisten würdig! Hält man diesen Hohn gegen das Zentrum wie gegen den Verfassungstag zusammen mit dem grundsätzlichen Bekenntnis von Westarp zur Monarchie so erhält man einen ganz besonderen Begriff von den republikanischen Erziehungskünsten des Zentrums.

SPD. Hannover, 12. August (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag mittag konnte endlich der Prozess gegen Goebbels stattfinden, nachdem er bisher zweimal wegen angeblicher Erkrankung Goebbels vertagt worden war. Inzwischen hatte der Angeklagte sich seine Ausrede zurecht gelegt. Die Gerichtsverhandlung stand offenbar unter dem Druck der Nationalsozialisten, die in einer am Montag abend stattgefundenen öffentlichen Versammlung auf den Prozess hingewiesen und aufgefordert hatten, vor Gericht zu erscheinen. Die Folge war ein riesiger Andrang. Das Gericht verlegte die Verhandlung aus dem Schöffengerichts- in den grossen Schwurgerichtssaal. Alle Bänke waren besetzt, selbst auf den Zeugenbänken sassen nationalsozialistische Zuhörer in Hitleruniform. Auch die Zeugen traten mit Hakenkreuzen auf. Das Gericht war also sichtlich dem Verlangen der Nazis entgegengekommen. Die ganze Gerichtsverhandlung machte den Eindruck einer öffentlichen Wählerversammlung der Nationalsozialisten. Als Goebbels im Gerichtssaal erschien, wurde er von seiner Horde mit lauten Heil-Rufen empfangen. Der Vorsitzende rügte zwar diese Kundgebung, aber sehr lasch. Goebbels war wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun angeklagt, von dem er in öffentlicher Wahlversammlung behauptet hatte, dass Braun von galizischen Juden pestochen worden sei. Der Angeklagte leugnete heute diese Beleidigung und behauptete nicht Braun, sondern Bauer genannt zu haben. Drei Kriminalbeamte erklärten unter ihrem Zeugeneid, dass Goebbels Braun gesagt habe. Goebbels liess demgegenüber vier Nationalsozialisten aufmarschieren, die das Gegenteil bekundeten. Der Oberstaatsanwalt erklärte in seinem Plädoyer, dass er den Zeugenaussagen der Nationalsozialisten nicht viel Glauben schenken könne. Er glaube den Ausreden Goebbels nicht, hielt ihn für schuldig und beantragte neun Monate Gefängnis. Im Verlaufe des Plädoyers des Oberstaatsanwalts kam es zu einem heftigen Zusammenstoss mit dem Verteidiger Goebbels, dem Rechtsanwalt Graf von der Goltz, Stettin, in dessen Verlauf der Verteidiger den Gerichtssaal verliess; nach Beendigung des Plädoyers aber wieder im Gerichtssaal erschien. Er beantragte Freisprechung des Angeklagten. Nach kurzer Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende die Freisprechung Goebbels wegen Mangels an Beweisen. Das Gericht hat also den Aussagen der vier Nationalsozialisten grös-

seres Gewicht beigemessen als den Aussagen der drei Kriminalbeamten.

Nach Schluss der Verhandlung kam es vor dem Gerichtsgebäude zu einer nationalsozialistischen Demonstration, wobei Goebbels von seinen Anhängern Blumensträuße dafür überreicht wurden, dass er gekniffen hatte.

SPD. Sofia, 12. August (Eig. Drahtb.)

Die Staatsanwaltschaft hatte gegen den Führer der mazedonischen Revolutionäre Iwan Michailow als den intellektuellen Mörder des Journalisten Pundew Anklage erhoben und den Antrag auf Todesstrafe gestellt. Die Staatsanwaltschaft hatte zugleich gegen Michailow, der zurzeit in Italien sein soll, einen Steckbrief erlassen. Nunmehr fordert der Justizminister Milanow die Anklagebehörde auf, ein weiteres Strafverfahren gegen Michailow in Verbindung mit der vor zwei Jahren erfolgten Ermordung des Generals Protogerow einzuleiten. Der Justizminister stützt sich auf stark belastende Dokumente. Der Schritt des Justizministers hat in der Öffentlichkeit grosses Aufsehen und innerhalb der mazedonischen Kreise starke Beunruhigung hervorgerufen.

SPD. München, 12. August (Eig. Drahtb.)

Der Kampf um die payerische Schlachtsteuernotverordnung tritt jetzt in sein entscheidendes Stadium ein. Der Ältestenrat des Landtags beschloss am Dienstag, die Vollsitzung auf kommenden Dienstag den 19. August einzuberufen. Die Tagesordnung enthält als einzigen Punkt den sozialdemokratischen Initiativgesetzentwurf auf Ausserkraftsetzung der Schlachtsteuernotverordnung. Eine Forderung der sozialdemokratischen Mitglieder des Ältestenrates, den Landtag schon für Donnerstag den 14. August, also noch einen Tag vor Inkrafttreten der Schlachtsteuer einzuberufen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

SPD. Hannover, 12. August (Eig. Drahtb.)

Bei der Verfassungsfeier des städtischen Oberlyzeums wurde vom Schulchor folgendes Lied gesungen :

1. "Herr, sieh die Not! Zahllose Feinde drohen der Gemeinde mit Schmach und Tod. So hart wie Stahl sind unsere Ketten, du kannst retten aus solcher Qual. Herr, deinem Namen treu weihen wir uns ohne Scheu, stündlich dem Tode neu. O Herr, mein Gott, stehe deinem Volke bei in seiner Not."

2. "Selbst Tür und Schloss beschützen nimmer, uns drohet immer der grimme Tross. Die welsche Brut lacht unserer Tränen, lechzt gleich Hyänen nach unserm Blut. Herr, in so schwerer Pein kann deine Macht allein uns Trost und Hilfe sein. Herr mach uns frei, stelle dich als Retter ein, steh du uns bei."

Es handelt sich hierbei nicht etwa um eins der Fricke'schen Hassgebete, sondern um ein Lied, das dem Chorbuch "Frisch gesungen" entnommen ist, das an allen höheren Schulen in Hannover in Gebrauch ist. Die Schülerinnen machten durch den Schülerinnen-Ausschuss den Direktor des Oberlyzeums, Oberstudien- direktor Dr. Roeder, darauf aufmerksam, dass dieses Lied doch eigentlich verfassungswidrig sei. Der Direktor stellte daraufhin eine Rücksprache mit dem Chorleiter in Aussicht. Trotzdem wurde das Lied am Verfassungstage gesungen!

SPD. Apolda, 12. August (Eig. Drahtb.)

Zur Verfassungsfeier in Apolda hielt Oberstudiendirektor Bartels die Festrede. Der Redner sprach in längeren Ausführungen über die befreiten Rheinlande und den innerdeutschen Parteihader. Den 11. August, die Reichsverfassung und die Republik wurden von dem Redner überhaupt nicht erwähnt. Seine Rede wurde von Teilnehmern unterbrochen mit Zwischenrufen "Republik", "Verfassung!", "Friedrich Ebert!". Nach der missfallenen Rede wurde aus der Mitte der Versammlung ein Hoch auf die Weimarer Verfassung und die Republik ausgebracht. Danach verliess die Mehrzahl der Anwesenden den Saal, und die Feier musste nach einem Musikstück vorzeitig abgebrochen werden.

SPD. London, 12. August (Eig. Drahtb.)

Es treten immer mehr Anzeichen dafür hervor, dass die Wirtschaftsdepression, unter der England gegenwärtig leidet, über die ganze Welt verbreitet ist. Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten, Italien und in anderen Ländern ist erheblich grösser, als es die wenigen, zur Verfügung stehenden offiziellen Zahlen erscheinen lassen wollen. Am Dienstag wird dem "Daily Herald" aus Australien über das sehr bedeutende Ausmass der dortigen Arbeitslosigkeit berichtet. 13 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder sind ohne Beschäftigung, ausserdem eine grosse Anzahl von nicht organisierten Arbeitern. Die Zahl der Arbeitslosen wird im ganzen auf 150 000 geschätzt. Bei den sechs Millionen Einwohnern Australiens ist die Arbeitslosigkeit beträchtlich, wenn auch nicht von gleichem Ausmass wie in den betroffenen europäischen Ländern.

SPD. Brüssel, 12. August (Eig. Drahtb.)

Vandervelde, der Führer der belgischen Arbeiterpartei und Präsident der sozialistischen Internationale hat mit seiner Frau, die Ärztin und namhafte Hygienesachverständige ist, heute abend seine grosse Studien- und Vortragsreise nach dem fernen Osten angetreten. Vandervelde trifft morgen früh in Berlin ein, wo er den Tag verbringt, um abends die Reise über Polen und Russland fortzusetzen. In Moskau wird er sich eine Woche aufhalten. Der Weg führt ihn dann über die transsibirische Eisenbahn u. a. nach Peking, Nanking, Schanghai, Hankau und Kanton, ferner nach Japan und Französisch-Indochina und dann über Singapore und den Grossen Ozean zurück nach Europa. Die Reise wird ungefähr 4 Monate dauern. Der Soz. Pressedienst wird die Reisebriefe Vanderveldes veröffentlichen.

SPD. London, 12. August (Eig. Drahtb.)

Der frühere ägyptische Premierminister und Führer der Wafdpartei, Nahas Pascha, brachte dem "Daily Herald" gegenüber seine unveränderte Bereitschaft zum Ausdruck, einen Vertrag zur Regelung des ägyptisch-englischen Verhältnisses abzuschliessen. Er bestritt, dass die jetzige Regierung Sidky Pascha zu einem solchen Vertragsabschluss geeignet sei und knüpfte an die Thronrede des englischen Königs an, mit der dieser die Parlamentssession schloss und in der er die Hoffnung auf einen für beide Teile ehrenvollen Vertragsabschluss aussprach. "Die Regierung Sidky Pascha - sagte Nahas - meint, dass die internen ägyptischen Fragen geregelt sein müssten, ehe die Verhandlungen mit England wieder aufgenommen werden können." Aber in Wirklichkeit sei Sidky Paschas im Gegensatz zur Verfassung ausgeübte Regierung das grösste Hindernis, das einer Erneuerung der Verhandlungen im Wege stehe. Sidky Pascha wünsche nicht, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, noch sei er dazu imstande.

SPD. London, 12. August (Eig. Drahtb.)

Ähnlich wie vor kurzem in Frankreich haben am Dienstag in England grosse Luftmanöver begonnen, an denen sich 250 Flugzeuge beteiligen. Es wurde ein Angriff auf England organisiert, zu dessen Abwehr sämtliche verfügbaren Streitkräfte Englands herangezogen wurden. Man darf auf die Kritik der Übungen durch die Militärs gespannt sein, denn der vor zwei Jahren ausgeführte Luftangriff auf London hatte bewiesen, dass selbst bei grösster Anstrengung eine wirksame Verteidigung gegen die angreifenden Bombengeschwader nicht möglich ist.

SPD. Bombay, 12. August (Eig. Drahtb.)

Die Kämpfe um Peschawar dauern fort. Die Afridis haben am Dienstag einen Panzerzug mit verstärkten Kräften angegriffen. Zu gleicher Zeit hat eine andere Abteilung des aufständischen Stammes die grosse Attock-Brücke, über die eine Eisenbahnlinie führt, und die eine der wichtigsten strategischen Verbindungen darstellt, angegriffen. Alle von Peschawar ausgehenden telephonischen Verbindungen waren vorübergehend gestört. In den Vorgärten der Stadt liegen hunderte von toten Afridis. Die militärischen Stellen behaupten, Peschawar sei nicht mehr gefährdet, wenn nicht noch andere Volksstämme den Afridis zu Hilfe kommen sollten. Dies zu verhindern, ist gegenwärtig das Hauptziel der militärischen Operationen.

SPD. London, 12. August (Eig. Drahtb.)

Zur Ehrung des verstorbenen W.P. Richardson, des Kassierers des Bergarbeiterverbandes, der am Dienstag in Durham beerdigt wurde, fielen die Verhandlungen des Bergarbeiterkongresses aus. Die Sitzungen werden am Mittwoch wieder aufgenommen.

SPD. Bombay, 12. August (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag fand die erste Unterredung zwischen den beiden Nehrus und Gandhi statt. Das Ergebnis der Besprechungen wird mit grosser Spannung erwartet. Einzelheiten sind bis jetzt noch nicht bekannt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Der Wydener Kongress vor einer sehr ernsten Situation.

Die geplante politische Entmündigung der Sozialdemokratie.

SPD. Als am 20. August 1880 der erste Geheimkongress der Sozialdemokratie auf dem Schlosse Wyden bei dem Dorf Örsingen im Kanton Zürich zusammentrat, stand die hart verfolgte sozialdemokratische Partei vor einer bedrohlich ernsten politischen Situation. Diese Situation erkennt man erst in ihrer ganzen Gefährlichkeit, wenn man sich in die Geheimakten des preussischen Ministeriums des Innern und des Berliner Polizeipräsidioms vertieft. Aus diesen Akten ersieht man eben, dass dem Kanzler Bismarck selbst das drakonische Sozialistengesetz zur Bekämpfung der Sozialdemokratie noch nicht genügte, weil er die Anhänger dieser Partei politisch völlig entrechten wollte.

In einem Schreiben vom 27. März 1879 an den preussischen Justizminister erwähnte der Präsident des preussischen Staatsministeriums, der Graf zu Stollberg, dass sich der Herr Reichskanzler schon früher die Frage vorgelegt habe, ob es nicht richtig wäre, denjenigen Personen, welche sich als Sozialisten in der staatsgefährlichen, noch näher zu definierenden Bedeutung des Wortes zu erkennen geben, die politischen Rechte, wenn diese grossjährig sind, zu entziehen, wenn minderjährig, zu versagen. Zunächst dachte Bismarck eine durchgreifende Massnahme in diesem Sinne gegen sozialdemokratische Beamte zu ergreifen. Doch allgemeine, gegen alle Sozialisten gemünzte Strafbestimmungen deuteten schon die von ihm aufgeworfene Frage an. Und der preussische Minister des Innern verstand die wirklichen Absichten Bismarcks sehr gut, als er in einem vertraulichen Schreiben vom 8. April 1879 die Aberkennung der politischen Rechte nicht auf die Beamten beschränkt wissen wollte. Er formulierte deshalb folgenden Gesetzesparaphen:

"Wer es unternimmt, öffentlich durch Rede oder Schrift sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Lehren zu verbreiten, oder wer sich an einer Verbindung beteiligt, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezweckt, wird mit Verlust der im Paragraph 34 Ziffer 3 und 4 des Strafgesetzbuches bezeichneten staatsbürgerlichen Rechte bestraft."

Am 24. April 1879 trat der preussische Ministerrat zusammen, und in diesem kam wieder der preussische Minister des Inneren auf seinen Gedanken zurück, "demjenigen", der die "Grundlagen des Staates" verneine, im Wege des gemeinen Strafrechts die politischen Rechte zu entziehen. Zu diesem Zweck arbeitete er an einem Reichsvereinsgesetz, an einer Novelle zum Reichspressegesetz und an einer Novelle zum Strafgesetzbuch, in der eben bestimmt werden sollte, dass bei gewissen politischen Vergehen neben der Hauptstrafe auf Verlust der politischen Rechte erkannt werden müsste. Und der Herr Minister war für eine baldige Vorlegung dieser Gesetzentwürfe!

Im preussischen Staatsministerium trug man sich also mit dem Gedanken einer völligen politischen Entrechtung der Sozialdemokratie. Und den ersten Schritt zu dieser Entrechtung hatte man bereits mit der willkürlichen Verhaftung der ausgewiesenen Abgeordneten Fritzsche und Hanelmann eingeleitet, als sie zur Ausübung ihres Reichstagsmandats nach Berlin kamen. Zu einer tief-einschneidenden Beseitigung der politischen Rechte der sozialdemokratischen Abgeordneten gelangte man in der Tat, wenn man sie aus Berlin auswies und sie bei dem Betreten der Reichshauptstadt als bannbrüchig verhaftete! Diesen brutalen Polizeieingriff in die Rechte der Reichstagsabgeordneten hatte der Reichstag am 12. Februar 1879 mit überwältigender Mehrheit abgewehrt. Damals warf der nationalliberale Abg. Lacker die Frage auf: Ist nach Massgabe der jetzigen Gesetzgebung der Bestand des Reichstags in seiner äusseren Zusammensetzung von der Verfügung der Berliner Polizeibehörde abhängig?

Unzweifelhaft bestand in der Regierung des führenden Bundesstaates Preussen die sehr ernsthafte Absicht, den Sozialdemokraten die Staatsbürgerrechte zu entziehen und sie politisch völlig mundtot zu machen. Und dieses Ziel suchte die Regierung, vor allem die politische Polizei, dadurch zu erreichen, dass sie die sozialdemokratischen Führer planmässig aushungerte, um sie zu gewalttätigen Verzweiflungsakten zu drängen. In Berlin z.B. verbot der Polizeipräsident von Madai völlig farblose Blätter, wie die "Berliner Nachrichten", die "Berliner Tagespost", nur weil sie von Sozialdemokraten redigiert und herausgegeben wurden; und der Berliner Polizeipräsident von Madai ging planmässig auf die Existenzvernichtung der "sozialdemokratischen Agitatoren", der Redakteure, Zeitungsherausgeber und Redner aus, indem er sie vollständig von ihrem Anhang zu isolieren suchte. Am 2. Dezember 1878 drückte Madai diese seine menschenfreundliche Absicht in einem Schreiben an den preussischen Minister des Innern folgendermassen aus :

"Die Bestrebungen (der Sozialdemokratie D.V.) werden niemals zu unterdrücken sein, wenn nicht die sozialdemokratischen Agitatoren vollständig von ihrem Anhang getrennt und die Massen von dem Terrorismus ihrer Führer befreit werden; eine Zeitung, von einem der hervorragendsten sozialdemokratischen Parteihäupter verlegt, wird, selbst wenn ihr Inhalt sich von jeder direkten Ausbreitung sozialdemokratischer Tendenzen fernhielte, stets einen Sammelpunkt bilden, um den sich die zahlreichen Anhänger der Sozialdemokratie scharen, und von dem aus auf dieselben nach bestimmten Richtungen hin im Interesse der Parteileitung und Organisation eingewirkt werden kann."

In einer geradezu provozierenden Weise wurde der Belagerungsgesetzparagraph des Sozialistengesetzes von der Polizei angewendet. Selbst nach der Ansicht des konservativen Berichterstatters der sozialistengesetzlichen Kommission sollte dieser Paragraph nur solche Fälle in Betracht ziehen, "wo ganze Bezirke oder Ortschaften durch die sozialdemokratischen Agitationen so unterwühlt seien, dass das allgemeine Bewusstsein von der Rechtssicherheit und dem Rechtsfrieden gestört ist, dass man erwarten könne, die öffentliche Sicherheit werde durch irgendwelche gewalttätige Ausbrüche gefährdet und gestört werden," dass mit einem Wort durch die gewöhnlichen gegen einzelne Personen möglichen Massregeln des Landesgesetzes die Rechtssicherheit und der Rechtsfrieden nicht aufrecht erhalten" werden könne. Nur also bei einem wirklich drohenden gewalttätigen Ausbruch sollte der Ausweisungsparagraph in Kraft treten! Die Berliner Polizei erklärte aber am 28. November 1878 den Belagerungszustand über ein völlig friedliches Berlin, in dem sich selbst bei der ganz ungesetzlichsten Anwendung des Sozialistengesetzes nicht der geringste aktive Widerstand geregt hatte.

Durch die brutale willkürliche Handhabung des Sozialistengesetzes durch die Polizei wurde begreiflicherweise ein revolutionärer Radikalismus gezüchtet, und durch ihn wurde da und dort Uneinigkeit in die Partei hineingetragen. Das galt vor allen Dingen von Berlin, das unter die Schreckensherrschaft des "Kleinen Belagerungszustandes" gestellt war. Hier erstarkte zeitweilig sehr der Einfluss von Most und Hanelmann, die sich mehr und mehr der terroristischen Taktik der Nihilisten zuwandten.

Auf der einen Seite bereiteten die Organe Bismarcks die politische Entmündigung der Sozialdemokratie vor und auf der anderen Seite reizten die Wortführer eines gewaltrevolutionären, Mostianischen Blanquismus gemassregelte und von der Polizei wild umhergehetzte Hitzköpfe zu planlosen Rechtsbrüchen auf. Sie lieferten damit das Material, das Bismarck zur Motivierung der politischen Entrechtung der Sozialdemokratie suchte.

Vor eine äusserst bedrohliche politische Situation war also die Sozialdemokratie gestellt, als sie ihre Verhandlungen auf dem Wydener Schloss bei Orsingen eröffnete.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Das Gesicht der Nationalsozialisten.

SPD. Das wahre Gesicht der Nationalsozialisten geht aus den Reden und Schriften ihrer Führer zur genüge hervor. Stellt man die Kraftsprüche zusammen, die ihre prominentesten Führer in den letzten beiden Jahren von sich gegeben haben, so erhält man ein ganz charakteristisches Bild.

Herr Frick, der jetzige thüringische Staatsminister, erklärte auf dem Reichsparteitag der Nationalsozialisten in Nürnberg im Jahre 1927:

"Die Nationalsozialisten sehnen den Tag herbei, an dem der bekannte Leutnant mit 10 Mann diesem Teufelsspuk von Parlament das verdiente unrühmliche Ende bereitet und die Dämme frei macht für eine völkische Diktatur." Im Oktober 1929 sprach er in einer Versammlung in Pyritz: "Dieser Schicksalskampf wird zunächst mit dem Stimmzettel geführt, er kann aber nicht von Dauer sein, denn die Geschichte hat es uns gelehrt, dass im Kampf Blut fließt und Eisen gebrochen wird. Wir sind entschlossen, mit der Faust zu verteidigen, was wir predigen! Genau so wie Mussolini in Italien die Marxisten ausgerottet hat, so muss es auch bei uns mit Diktatur und Terror erreicht werden."

In der von Dr. Goebbeß herausgegebenen Druckschrift "Der Nazi-Sozi" befand sich in der ersten Ausgabe die folgende Stelle:

"Was dann? Dann beissen wir die Zähne auf einander und machen uns bereit Dann marschieren wir gegen diesen Staat, dann wagen wir den letzten grossen Streich um Deutschland. Aus Revolution des Wortes wird dann Revolution der Tat. Dann machen wir Revolution, dann jagen wir das Parlament zum Teufel und begründen den Staat auf der Kraft deutscher Fäuste und deutscher Stirnen."

Im 22. Heft der "Nationalsozialistischen Briefe" vom 15. Mai 1929 liest man: "Die kommende Revolution kann und wird nichts anderes als eine nationalsozialistische sein. Ueber die Schwere des Kampfes lässt uns Adolf Hitler nicht im geringsten im Unklaren, wenn er sagt, Köpfe werden in diesem Kampf in den Sand rollen. Entweder die unseren oder die anderen. Also sorgen wir dafür, dass die anderen rollen!" Wären diese Aeusserungen nicht von Nationalsozialisten, sondern von Kommunisten gefallen, so hätte sich der Oberreichsanwalt längst jeden einzelnen der Leute von denen sie stammen, gekauft, um ihnen den Prozess zu machen! Aber diese Feinde der Republik und ihrer Verfassung werden mit Glacéhandschuhen angefasst, und sie finden sogar Bundesgenossen im Lager der sogenannten "staatsbürgerlichen" Parteien!

Das kommende Regierungsorgan.

Die Zeitungshändler der Nationalsozialisten in Berlin, die den "Völkischen Beobachter" und den Goebbelsschen "Angriff" verkaufen, preisen ihre Ware laut an mit dem Rufe: "Der Angriff, der Angriff, das kommende Regierungsorgan!" Da sieht Herr Geobbels die Nationalsozialisten mit Hilfe der bürgerlichen Mittele bereits in der Regierung, sich selbst als Reichsinnenminister und sein Blättchen als Moniteur dieser famosen Reichsregierung nach thüringischem Muster. Durch diesen schönen Traum werden ihm die sozialdemokratischen Wähler einen Strich machen.

Waschechte Pogromhetze.

Der nationalsozialistische "Donaubote" in Ingolstadt schreibt in seiner Nummer vom 5. August unter der Ueberschrift "Judenpogrom in Ingolstadt":

"Es dürfte wenigen Ingolstädtern bekannt sein, dass die Juden aus Ingolstadt schon einmal hinausgepeitscht wurden. Bekanntlich sagt man vom Juden, dass, wenn man ihn vorne hinauswirft, er hinten wieder hereinkommt. Diese Charaktereigenschaft besitzt aber nur der Jude. Nun scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, dass in Bälde die Juden wieder aus Ingolstadt hinaus müssen. Die Anzeichen hierfür sind zu suchen in einem Angriff einer Person, die auch an der Konkursache des Juden Hofmann ein "klein wenig" beteiligt ist. Diese Person hatte gestern nachmittag mit dem Juden Cohn jun, eine Auseinandersetzung, die schliesslich in Tätlichkeiten ausartete. Anfänglich hatte es den Anschein, als ob die Person den Juden schächten wollte, weil sie immer am Halse herumhantierte. Bei näherer Betrachtung stellte es sich aber heraus, dass nur Zeigefinger und Daumen im Spiele mit dem Kehlkopf des Juden waren. Die umstehenden Passanten hatten ob dieses lieblichen Intermezzos grosse Freude. Bisher wussten wir noch nicht, dass wir so impulsive Kämpfer für unsere Idee in Ingolstadt haben."

Ist das eine Gebrauchsanweisung für die "kommende Regierung?"

Das Spiesserarsenal.

In der nationalsozialistischen Zeitschrift "Die Diktatur", dem Organ des pommerschen Hakenkreuzgauleiters W. von Corswant, finden wir die folgende Selbstverhöhnung der Nationalsozialisten:

"Was zu einem echten Nationalsozialisten gehört? In erster Linie drei Abzeichen: eins auf dem Rockaufschlag, eins auf der Weste und eins auf dem Schlips, selbstverständlich hakenkreuzverzierte Manschetten und Iemdenknöpfe. Ein rotseidenes Taschentuch mit eingesticktem "Juda verrecke!", auf beiden Seiten auf dem Leibriemen am passendsten "Deutschland erwache" und einige Fingerringe, mit dem Sie Hakenkreuze siegeln können. Ehrensache muss es sein, nur aus Bierkrügen mit Hakenkreuzwappen zu trinken und auf der Pfeife oder auf dem Zigarettenbehälter Hitlers Bild in Duntdruck glänzen zu lassen. Wenn Sie dann noch auf Ihre Besuchskarten "X.Y. Kämpfer für das dritte Reich" drucken lassen und sich einen Ring mit Hakenkreuz durch die Nase ziehen, dann sind Sie - reif fürs Irrenhaus".

Dieser Selbstcharakteristik und namentlich ihrer letzten Konsequenz braucht nichts mehr hinzugefügt zu werden.

Das grosse Maul.

Hitler hat kürzlich in Würzburg, einer Hochburg der bayerischen Volkspartei, gesprochen. Sein Organ "Der Völkische Beobachter" veröffentlicht darüber einen Siegesbericht, in dem es kurz und bestimmt heisst: "Die Zufahrtstrassen zum Saal waren schwarz von Menschenmassen. Grenzenlose Begeisterung. Die schwarze Hochburg ist gefallen." Wieso ist die schwarze Hochburg gefallen? Hat Hitlers grosses Maul die Kraft der Posaunen von Jericho?

„Aus aller Welt“

Zuchthaus beantragt!

Die Plädoyers im Röntgentaler Mordprozess.

SPD. Berlin, 12. August (Eig. Ber.)

Im Prozess gegen die nationalsozialistischen Mordbuben von Röntgental begannen am Dienstag die Plädoyers der Staatsanwälte, die in den Abendstunden in den Strafanträgen der Anklagebehörde gipfelten. Die Spannung im Saal ist gross, der Zuhörerraum dicht gefüllt, auch die Angeklagten, die sonst so zynisch lächeln, haben das keck-provokatorische Grinsen verlernt und merken, dass es um ihre Existenz geht. Der Röntgentaler Mordprozess ist ein Aufklärungsprozess ganz grossen Stils insofern gewesen, als er mit bisher sonst noch nie erzielter Klarheit die bestialische Kampfweise der nationalsozialistischen Rowdies und ihrer verirrtten und verführten Nachläufer kennzeichneten. Hier war von Anfang an alles sonnenklar, schwarz stand gegen weiss und auch die demagogischsten Mätzchen routinierter Anwälte konnten die fürchterliche Bluttat der Nazis nicht von den Tätern und auch nicht von den intellektuellen Urhebern der Tat abwaschen.

„Der Gipfel der Gemeinheit...!“

Die Plädoyers beginnen mit einer eingehenden juristischen Darlegung des Staatsanwaltschaftsrates Stehnig, der in sehr präzisen und sachlichen Ausführungen vorerst die schuldige Berliner Hilfs-Mordkolonne der Nazis unter ihrem Führer Markwardt kennzeichnet. Diese Gruppe besteht aus Benner, Schlenter, Skusa, von Zittwitz, Schindler, Wiese, Kellermann, Heim und Markwardt. Staatsanwaltschaftsrat Stehnig gibt vor allen Dingen eine genaue Analyse der Entwicklung jenes blutigen Abends in Röntgental und zeigt an Hand zahlloser unwiderlegbarer Beispiele die Planmässigkeit des nationalsozialistischen Ueberfalls auf, der in drei Kolonnen, der Berliner-, der Bucher- und der Röntgentaler Gruppe in Angriff genommen wurde. Weiterhin behandelt der Staatsanwalt die Lage im Lokal Meisel und das stetige Bemühen der Reichsbannerleute, den händelsuchenden Nazis und ihren „Kanonen“ auszuweichen. „Markwardt“, so ruft Staatsanwaltschaftsrat Stehnig mit erhobener Stimme aus, „hat mit dem Ruf „Achtung, Kanonen heraus, gebt Feuer!“ das Signal zum Sturm auf Meisel gegeben. Dass die Nationalsozialisten sich nicht scheuten, auf wehrlose, in wilder Flucht befindliche Leute zu schiessen, beweist der schreckliche Tod des ermordeten Kubow, des Vaters eines zehnjährigen Kindes, der, wie wir durch die Beweisaufnahme wissen, von hinten getroffen wurde. Mit welcher ungewöhnlicher Gefühlsroheit der blutige Mordanschlag der Nationalsozialisten ausgeführt wurde, beweist der gezielte Schuss auf Fräulein Tietz und Frau Meisel, die am Telefon standen, um den Arzt zu dem Sterbenden zu rufen. Diesen Mordanschlag muss man den Gipfel der Gemeinheit nennen. Leuten, die in ein von wilder Panikerfülltes Lokal, in dieses „Lazarett“, wie es ein Zeuge treffend nannte, hineinpfefferten, scheint jedes menschliche Gefühl fremd zu sein. Alle Zeugenaussagen ergeben, dass im Gegensatz zu den wie wild schiessenden Nationalsozialisten die Reichsbannerleute keine Waffen besessen haben. Die Angeklagten sind uns in diesem Prozess mit sehr viel Ausreden gekommen und haben uns u.a. auch das Märchen aufgetischt, dass sie einen Ueberfall der Reichsbannerleute auf das Lokal „Edelweiss“ befürchten. Die monatelange mit äusserster Gründlichkeit durchgeführte Verhandlung hat ergeben, dass an diesen Behauptungen der mörderischen Schützen von Röntgental kein wahres Wort ist. Aber dem Angeklagten

Zittwitz scheint das alles noch immer so vergänglich zu sein, dass er es wagt, mir unverwandt ins Gesicht zu lacheln!" (Grosse Bewegung) Der Vorsitzende rügt in scharfen Worten das unqualifizierbare Benehmen des Angeklagten von Zittwitz. Staatsanwalt fort-dahrend: "Wir wissen, wie schwer es in einem solchen Prozess ist, aus den Angeklagten die Wahrheit herauszubekommen. Es gibt in den politischen Kreisen, denen die Angeklagten angehören, so etwas wie einen "Komment", wer die Wahrheit sagt, an dem wird Rache geübt. Schindler ist als Verräter gebrandmarkt worden, weil er es gewagt hat, wenigstens annähernd die Wahrheit zu sagen. Im Hinterzimmer des Lokals "Edelweiss" wurde jener mörderische Plan ausgeheckt, an dessen Folgen Kubow sein Leben lassen musste und vier andere friedliche Personen schwer getroffen wurden. Wir sind uns klar, was die schöne Formulierung "warum angezogen" bedeutet, sie ist ein Beweis dafür, dass der Sturmangriff auf Meisel von bewaffneten Leuten ausgeführt worden ist. Mindestens acht von den Angeklagten haben scharf geschossen, aber manchem kann man es nicht nachweisen, trotzdem er der Tat dringend verdächtig ist". Staatsanwaltschaftsrat Stehnicg behandelt dann in sehr präzisen Ausführungen Schuldfrage und Strafmass, wobei er es nicht unterliess, die eventuellen späteren Einwürfe der Verteidiger schon im voraus zu entkräften.

Panatische Mordhetzer und ihre Opfer.

Nach der Mittagspause beginnt das Plädoyer des zweiten Staatsanwalts Herf, der die Schuld der Berliner Angeklagtengruppe behandelt. Es handelt sich um Wuttke, Schwab, Pankrath, Frank, Kukelinski und Köppner. An Hand zahlreicher, überzeugender Indizien kann Staatsanwaltschaftsrat Herf die Schuld der Angeklagten nachweisen und bezeichnet Wuttke und Pankrath als die Rädelsführer. Im Anschluss an das mit gewandter Rethorik vorgetragene Plädoyer des Staatsanwaltschaftsrats Herf nimmt sein Kollege Stehnicg noch einmal zu den Strafanträgen und zu einigen politischen Feststellungen das Wort: "Bei der Strafzumessung", so begannder Ankläger, "müssen wir bedenken, dass der Tat ein blühendes Menschenleben zu Opfer gefallen ist, weiterhin, dass vier andere Menschenleben durch sie in höchste Gefahr gekommen sind. Der Ueberfall auf schlichte, harmlose Passanten an der Bahnhofstrasse zeugt von einer solchen Niedertracht, und einer derartigen Verrohung der Gesinnung, dass man gerade-zu erschüttert ist! Dabei hat keiner der Angeklagten gewagt und die Mannescourage gehabt, zu seiner Tat zu stehen. Die anhaltenden Strassenterrorakte wachsen sich zu einer öffentlichen Gefahr aus. Hier muss mit Energie durchgegriffen werden, um den fanatischen Mordhetzern wieder Respekt vor der Heiligkeit des Lebens und des Rechts beizubringen. Es geht nicht an, dass junge Menschen mit Dolch und Revolver über ihre Gegner herfallen. Ich muss den Angeklagten auch die Ueberzeugungstäterschaft absprechen. Wer hat es mit Ueberzeugung zu tun, wenn die Angeklagten in der rohesten und niederträchtigsten Weise von hinten harmlose Passanten anfallen und über den Haufen schiessen, wenn sie durch die Scheiben eines Lokals hindurch wehrlose Frauen unter Feuer nehmen? Ich beantrage gegen Markwardt, den Führer des Berliner Sturmtrupps, der das Signal zum Feuerüberfall gegeben und der selbst mehrfach auf flüchtende Menschen scharf geschossen hat, wegen Totschl in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch und Raufhandel acht Jahre Zuchthaus. Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren un Anrechnung von fünf Monaten der erlittenen Untersuchungshaft, gegen von Zittwitz wegen Körperverletzung mit Todeserfolg in Tateinheit mit Landfriedensbruch und Raufhandel vier Jahre Gefängnis, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren und Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft, gegen Schindler drei Jahre sechs Monate Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft, gegen Wiese drei Jahre Gefängnis und Ehrverlust auf die Dauer von drei Jahren, gegen Kellermann drei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust bei Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft, gegen Heyn vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust unter Anrechnung von eonem Monat Untersuchungshaft, gegen Schlenter, der ein schwerer Psychopath ist, dagegen nur drei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von

drei Monaten Untersuchungshaft. Gegen Renner beantrage ich, da er Jugendlicher ist, zwei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft und gegen Skusa, ebenfalls minderjährig, zwei Jahre und einen Monat Gefängnis.

Die Mitschuldigen.

Nun stellt Staatsanwaltschaftsrat Herf seine Anträge. "Es ist geradezu unfassbar, dass es eine Jugend gibt, die so das Leben ihrer Mitmenschen schon als ein Nichts ansieht." Der Ankläger zitiert einen üblen Schimpfartikel aus einem nationalsozialistischen Blatt und stellt fest, dass die Propagandisten dieser staatsfeindlichen und zu Gewalttaten aufreizenden Gesinnung die Mitschuldigen an der Bluttat von Röntgental seien. Nur ein Staat, der sich selbst aufgeben könne einer derartigen Entwicklung gegenüber die Hände in den Schoß legen. Staatsanwaltschaftsrat Herf beantragte gegen Pankrath wegen Körperverletzung mit Todeserfolg in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch mit Raufhandel vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Wuttke wegen Totschlags, schweren Landfriedensbruch und Raufhandel fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Schwab wegen Körperverletzung mit Todeserfolg, Landfriedensbruch und Raufhandel vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Köppner wegen der gleichen Delikte drei Jahre sechs Monats Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Frank vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Unruh dieselbe Strafe, gegen Kukelinski drei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, gegen Morgelsberg und Pahl je vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Herr Sack macht Skandal.

Nach den Plädoyers, die sich bis in den späten Nachmittag hinziehen, kommt es zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Verteidiger Dr. Sack, der in höchster Erregung aufspringt, den Staatsanwälten "illoyales Verhalten" vorwirft und mit schreiender Stimme ausführt, dass die Strafanträge der Verteidigung geradezu "ungeheuerlich" seien. In einer besonders eingelegten Abendsitzung plädierte etwa zwei Stunden lang Rechtsanwalt Dr. Joachim, der Verteidiger des Nebenklägers, der u. a. auch auf die politische Seite des Röntgentaler Prozesses hinweist. Am Donnerstag beginnen die Plädoyers der neun Verteidiger, die mehr als eine halbe Woche in Anspruch nehmen werden.

K.K.B.

+ + + Der Dichter der Staatspartei.

Herr Hall-Halfen, der Erneuerer der deutschen Politik und Poesie und seiner sieben Schwaben - Leibliches, allzu Leibliches - "Das fiebernde Berlin", eine Sache, die wirklich ihre 90 000 Mark wert ist.

SPD. Am Sonnabend findet vor dem Landgericht II in Berlin die mündliche Verhandlung über die einstweilige Verfügung statt, die Herr Hall-Halfen, der angeblich erste Gründer der Deutschen Staatspartei, gegen die gleichnamige Partei des Herrn Maraun angestrengt hat. Hall-Halfen behauptet, nach zehnjähriger Vorarbeit am 6. März 1929 die "Volksvereinigung deutscher Staatspartei" gegründet zu haben und glaubt, auf ihren Namen einen rechtlichen Anspruch zu haben. Als besonderes Kuriosum verdient vermerkt zu werden, dass Herr Hall-Halfen bis jetzt ganze 7 Mitglieder angeworben hat.

Vorläufig zieht Herr Hall-Halfen mit seinen "7 Schwaben" noch nicht in den politischen, sondern nur in den poetischen Krieg. Er will vom Gericht seinen und seiner "Partei" guten Namen bestätigt und so ganz nebenbei neunzigtausend Mark Schadenersatz dafür zugesprochen erhalten, dass er zehn Jahre lang im Schweisse seines Angesichts mit Werbungsarbeit (und mit dem Erfolg, 7 Getreue an sich zu ketten), beschäftigt gewesen ist - sonst ist Herr Hall-Halfen von Kopf zu Fuss auf Ehre eingestellt und sonst gar nichts.

Herr Hall-Halfen ist davon überzeugt, dass er eine grosse Mission zu er-

füllen hat. Deutsche Blätter haben ihm eine ausserordentliche Beleidigung zugefügt, indem sie behaupteten, Herr Hall-Halfen sei Schneider. Nein, Herr Hall-Halfen ist kein Schneider, er ist nicht einmal ein Aufschneider, sonst würde er seine 7 Schwaben schamhaft unterschlagen. Was Herr Hall-Halfen eigentlich in den letzten zehn Jahren getan hat, - schliesslich muss er ja mehr getan haben als unterhalb Jahre ein Mitglied zu werben - das ist nicht ganz leicht zu ermitteln. Er selbst nennt sich Journalist, behauptet, in seiner "Geissel" als erster den Militarismus angegriffen und als "Generalsekretär des Deutschen Volksbundes" im Jahre 1920 die Hetze gegen die Juden abgeblasen zu haben. Ferner erzählt Herr Hall-Halfen die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Separatisten vermittelt zu haben und in der Zwischenzeit mit der Gründung eines Verlages und der Herausgabe einer Zeitschrift "Die Operette" beschäftigt gewesen zu sein, wodurch er sich auch einen Namen in internationalen und Künstlerkreisen geschaffen haben will. Endlich schimpft sich Herr Hall-Halfen Dichter. Der frische Wind dieser so lebendigen politischen Wochen wehte uns eine Broschüre zu, die der Mittelwelt vorzuenthalten einer Sünde gleich käme. Was Herr Hall-Halfen in seinem Lyrikbändchen "Das fiebernde Berlin" (Kommissionsverlag Otto Dreyer, Berlin SW. 61, Eylauerstr. 3) von sich gibt, sollte allen Kranken zur aufmerksamen Lektüre empfohlen werden: man lacht sich gesund. Das "Seid umschlungen, Millionen" des Herrn Hall-Halfen klingt so:

Mögen diese Worte dringen
Nach Paris und Washington,
Mögen sie in Ohren klingen...
Mit dem richtigen Unterton.

Mögen sie im Grossgeschehen
Aendern mancher Staaten Schild.-
Und die Führer im Verstehen..
Lernen aus dem Spiegelbild

Von Berlin - in Fieberschlage
Europäischer Kultur,-
Dass ein Solches - ohne Frage -
Führt zu neuen Werten nur.

Als genialer Führer einer Ordnungspartei ist Herr Hall-Halfen auch für Ordnung in der Lyrik. Sein Bändchen ist eingeteilt in eine Schilderung des "Gestern", "Heute" und "Morgen". Beim Kapitel "Gestern" lernt man Geschichte. Dem Exkaiser will Herr Hall-Halfen nicht wohl. Er rückt ihm mit vollem Mänesmut und miserabler Grammatik zu Leibe:

Auf dem Throne sass der letzte
Hohenzoller mit der Macht -,
Worin man ein Volk verhetzte,-
Und worin es dann verkracht.

In den Stuben seiner Aemter
Ging ein Tuscheln hin und her.
Weil so mancher in beklemmter
Demut schritt zur Innenkehr.

Aufgepeitscht von jenen Mächten,
Die im Trüben fischten nur,
Zog das Volk in den gerechten
Daseinskampf - auf falscher Spur.

Und was taten die Grossen?"

Und die Grossen - allgewaltig
Sahen diesem Elend zu

Bis es sich verding nachhaltig:
Menschenskind! - Wer bist denn Du?

Und die Männer - in den Gräben
Und im tiefen Unterstand
Sehnten sich bei all dem Beben
Nach dem Weib,- das sich entwand.

Mit den Frauen steht Herr Hall-Halfen im übrigen auch jetzt, im Frieden, noch
auf Kriegss - wenn auch nicht auf gutem Versesfuss. Ausser der Bettdecke wird
auch die Schuldfrage aufgerollt:

Und wer trägt die Schuld am Siege
Dieser Unmoral von heut -?
Nur die Lüge - in der Wiege
So von gestern - in dem Streit.

Wo das Staatsschiff im Orkane
Der Verhängnisse zerschellt,-
Und man dann im Fieberwahne...
Einfach alles kopfgestellt.

Wo sind heut die edlen Weiber?
Wo das Weibchen früh'rer Zeit?
Wo die reinen Mutterleiber - -
In der schönen Häuslichkeit?

Wo sind heut die Tugendkinder,
Die man vor der "Sintflut" fand?
Alle hat sie heut der Schinder
Unmoral - in seiner Hand.

Voller Verzweiflung rauft sich Herr Hall-Halfen die Haare und empfiehlt mit
wildem Zynismus:

Für die "Liebe", die heut waltet,
Schaffet wieder überall,
Off'ne Häuser, wo sie schaltet
Wie es früher war einmal.

Off'ne Häuser muss es geben
für den sexualen Trieb,
Der in jedem Mannesleben
Neben and'rem immer blieb.

Fort mit all dem Lebeleben,
So im freien Staatsbordell,-
Fort mit all dem Fieberbeben...
Aber -bitte...bitte schnell!!!

Tempo, Tempo! Schliesslich will Herr Hall-Halfen noch etwas von seinem Leben
haben, bevor er in den kommenden Luftkrieg ziehen muss, den er mit allem
Glanz seiner poetischen Gaben ausmalt:

Wenn von ferne man auch lenket,
Was so meuchlings Allen droht
Was der "Geist" sich ausgedenket,
So unmenschlich und verrotzt!

Zum Schluss gibt Herr Hall-Halfen das Rezept der politischen Rettung:

"Uns kann nur das Eine retten
Vor dem neuen Sündenfall -
Dass im Friedensbett sich betten:
Volksentscheide - überall !!!

Am rika kann kein Vorbild für uns sein. Denn

Wer da zieht zum Exempel
Nordamerika heran,
Drückt sich selber auf den Stempel
Dass er nicht recht denken kann.

Sich selber auf den Stempel drücken - wie macht man das, Herr Hall-Halfon? Beinahe möchten wir vermuten, dass Sie selbst schon ganz erheblich bestempelt worden sind und sind deshalb entschieden dafür, dass Sie wegen offenkundiger Gesundheitsbeeinträchtigung Schadenersatz zugebilligt erhalten. Sollten Sie in der Berliner Gerichtsverhandlung am Sonnabend auch in der Namenssache Recht bekommen, mag Kollege Mahraun seine Firma "Jüdisch-antisemitischen Reformverein" nennen.

Es lebe die Deutsche Staatspartei!

+ + +
Freiballons im Sturm. Ueber dem Flughafen Kronstadt (Rumänien) wurde am Montag abend ein Freiballon in etwa 100 Meter Höhe beobachtet, der bei dem herrschenden Orkanwetter wild hin- und hergeworfen wurde und offensichtlich steuerunfähig war. Der Ballon, der mit zwei Beobachtern besetzt gewesen zu sein scheint, wurde in Automobilen der Flughafenmannschaft verfolgt mit der Absicht, ihn niederzuholen und zu bergen, jedoch zufolge der Schwierigkeiten des bergiger Geländes bei Einbruch der Nacht aus den Augen verloren. Am Dienstag morgen stieg ein Flugzeuggeschwader auf, um nach dem offenbar nicht-rumänischen Ballon zu forschen. Die Nachforschungen blieben erfolglos.

+ + +
Kinder im Flammenmeer. Vermutlich durch Brandstiftung entstand in dem westbulgarischen Dorfe Jaremitza eine grosse Feuersbrunst, durch die in kurzer Zeit zahlreiche Wohnhäuser, Ställe und Scheunen eingeäschert wurden. In einem der Häuser sind vier Kinder in den Flammen umgekommen. Als die Eltern, die auf dem Felde gearbeitet hatten, zurückkehrten, und von dem furchtbaren Unglück erfuhren, wurde die Mutter der Kleinen wahnsinnig.

+ + +
Der Raub der Siemens-Juwelen. Kein anderer als der langgesuchte 41 Jahre alte "Ingenieur" Fritz Bachnick ist es, der der Berliner Wohnung des Generaldirektors von Siemens, des Präsidenten des Verwaltungsrates der Reichseisenbahn, einen Besuch abstattete und Juwelen von ungeheurem Werte hat mitgehen lassen. Der Besuch Bachnicks, der zu den erfolgreichsten Juwelendieben der letzten Jahre gehört und schon Juwelen im Wert von Hunderttausende, wenn nicht Millionen erbeutet hat, geschah nicht einmal in besonderer Heimlichkeit. Während Frau von Siemens, eine Tochter Professors Hecks, des Direktors des Berliner Zoologischen Gartens, ihren Vater aus Anlass seines 70. Geburtstages besuchte, erschien in ihrer Villa ein Mann mit einem Werkzeugkasten, der sich für einen städtischen Beamten ausgab und die elektrischen Leitungen des Hauses revidieren wollte. Man liess den Mann gutgläubig gewähren, man liess ihn sogar allein und diese Zeit benutzte der falsche Beamte, um in dem Ankleideraum der Frau von Siemens einen verschlossenen Schrank mit einem Dietrich zu öffnen und alles zusammenzuraffen, was er fand und nur irgend in seinen Monteurkasten hineinstopfen konnte. Unter den gestohlenen Gegenständen sind eine Handtasche aus goldenen Maschen, eine lange Perlenkette, eine Platinkette mit rundem Anhänger an Perlen und Brillanten, ein Platinarmband, ebenfalls besetzt mit Perlen und Brillanten, zwei goldene Kämmen mit Diamanten, ein goldenes Zigarettenstui und schliesslich noch ein Schmuckkästchen aus graublauem Leder, das noch viele, überaus kostbare Perlenketten, Armbänder und Ringe enthielt. Von Bachnick, der sich bei allen seinen "Expeditionen" der Monteurmethode bedient, fehlt jede Spur. Seine Verfolgung ist insofern schwierig, als es der Kriminalpolizei noch nicht gelungen ist, festzustellen, mit welchen Hehlern er zusammen arbeitet. Es ist nicht bekannt, ob Bachnick seine Juwelen versetzt oder vorzeitig verkauft

Auch die Lebensführung des Juwelenräubers ist bescheiden und unauffällig. Als man Bachnick bei seiner letzten Verhaftung darüber befragte, wie er es fertig brächte, in einem Hause die Schmucksachen stets in solcher Geschwindigkeit aufzufinden, antwortete er: "Herr Kriminalkommissar, ick muss Ihnen sagen, ick habe jeradezu eene uff Schmuck jeeichte Neese. Ick rieche ihm ehmt!"

+ + +
Lehrertragödie in Chemnitz. Der Lehrer Queck in Grüna bei Chemnitz hat seinen Kollegen, einen Lehrer Oehme, erschossen und ziemlich unmittelbar nach der Tat Selbstmord begangen. Das Motiv des Dramas dürfte darin zu sehen sein, dass Queck in völlig zerrütteten Vermögensverhältnissen lebte und umso eher fürchten musste, seine Stelle zu verlieren, als er sich einige Diebstähle hatte zuschulden kommen lassen. Oehme soll Queck Vorhaltungen gemacht haben, aber darüber hinaus behauptet Queck in einem hinterlassenen Zettel, dass sein Kollege ihn auch in der Gemeinde schlecht gemacht habe, was er "mit dem Leben büssen" sollte. Queck war verheiratet und Vater von zwei kleinen Mädchen, ebenso hinterlässt Oehme eine Frau und drei kleine Kinder.

+ + +
Synagoge in Brand! Die Synagoge in Marmarosziget, eines der grössten jüdischen Gotteshäuser in Rumänien, ist ein Raub der Flammen geworden. Es liegt Verdacht der Brandstiftung vor.

+ + +
Drei Schüler abgestürzt. Bei einem Ausflug auf den Hang der Kreuzspitze in Tirol sind drei Kölner Schüler, die mit 17 Kameraden dort eine Ferienwanderung unternahmen, abgestürzt. Alle Drei wurden mit zerschmettertem Schädel aufgefunden.

+ + +
Präsident Krügers Millionen. Südafrika vermag ganz ohne Goldfieber und Schatzgräberfimmel nicht zu leben. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse tun das übrige, um die Lust nach der Förderung phantastischer Reichtümer zu steigern. Augenblicklich halten die vergrabenen Millionenschätze des letzten Burenpräsidenten Ohm Krüger das ganze Land in Atem und man sucht nach ihnen gleichzeitig an drei verschiedenen Stellen, bei Johannesburg, in der Nähe der grossen Heerstrasse nach Heidelberg und hunderte Meilen weg von jeder menschlichen Behausung im wildesten Buschveld. Eine Gesellschaft von Eingeborenen hat sich gegen ein hohes Honorar einen Zauberdoktor engagiert, der nach geheimnisvollen Zeremonien einen Platz bezeichnete, an dem nach vielen Graben endlich zwei Pfund Kupfergeld, in einer Zinnbüchse säuberlich verpackt, gefunden wurden. Durch die Nachricht von diesem Funde angelockt, fanden sich sehr bald Scharen von Schatzsuchern an der Stelle ein und es kam zwischen den Rivalen zu blutigen Schlägereien, dass die Polizei einschreiten musste. Eine Gruppe von Europäern, die im Busch nach den Millionen des Präsidenten suchte, kehrte mit schwerer Malaria nach Johannesburg zurück, aber ihre Hoffnungen sind ungebrochen und sie kann kaum ihre Genesung abwarten, um ihre Arbeit wieder aufzunehmen.

+ + +
Schmugglerpech. Einem harmlosen amerikanischen Bürger, der mit seinem Automobil aus Kanada zurückkehrte, ist sein Alkohol-Schmugglerversuch recht kostspielig bekommen. Um sein Quart Whiskey unentdeckt über die Grenze zu bringen, hatte er sich den Plan ausgeknobelt, dass er das Quart auf 20 zwei-Unzen Fläschchen verteilen und diese in den Wagen verstaute. Leider wurden alle Flaschen gefunden und das unmittelbare Resultat ist, dass neben dem Verluste des Whiskey noch \$ 100 an Strafe zu tragen sind. Nach den Zollbestimmungen muss nämlich für jede Flasche eine Strafe von \$ 5 entrichtet werden. Hätte er das Quart in einer Flasche gehabt, so hätte die Strafe demnach nur 5 Dollar ausgemacht.

Gewerkschaftliche Rundschau

Was wird im Ruhrbergbau?

SPD. Die Entscheidung über die Frage, ob es zur Kündigung des am 30. September ablaufenden Lohntarifs für den Ruhrbergbau kommt, wird noch Ende dieser Woche fallen. Die Unternehmerpresse meldet, es bestehe die grösste Wahrscheinlichkeit, dass die Kündigung am 18. August von den Arbeitgebern ausgesprochen werde. Sie werde auch dann erfolgen, wenn eine kurzfristigere Verlängerung der Tarifabmachungen auf Grund freiwilliger Verständigung zwischen Zechenverband und Zechenarbeiterverbänden oder durch Schiedsspruch erfolgen könne. Der Bergbau dürfe die Frage der allgemeinen Preisermässigung nicht noch längere Zeit ungelöst lassen; denn die offiziellen Preise seien in Wirklichkeit heute nur noch eine Fiktion; auch in dem grösseren Teil des unbestrittenen Gebiets würden die Listenpreise nicht erreicht. Die Verschlechterung der Arbeitslage zwingt zu einer Entlastung auf der Preis-Seite. Der Preisabbau könne jedoch nur in Verbindung mit einer Lohnsenkung vorgenommen werden. An eine Preissenkung ohne Lohnabbau sei nicht zu denken.

Die Situation im Ruhrbergbau ist also, wie man sieht, nicht ohne Gefahren. Die Zechenbesitzer sagen: Kein Preisabbau ohne Lohnabbau; die Bergarbeiter aber haben bereits deutlich zu erkennen gegeben, dass sie eine Schwächung ihres Reallohns als Konfliktfall betrachten. Die freiorganisierten Bergarbeiter haben erst vor kurzem in Breslau auf ihrem Verbandstag durch ihren Vorsitzenden Husemann vor Lohnabbauexperimenten dringend gewarnt. Husemann erklärte mit besonderem Nachdruck, dass etwaige Versuche der Bergbauunternehmer, Lohnsenkungen vorzunehmen, von den Ruhrbergarbeitern unter keinen Umständen kampflos hingenommen werden. Er hoffe, dass diese Bemerkung von allen Stellen, die sie angehe, verstanden werde. Eine Verkuppelung der Lohn- und Preisfrage komme für den Verband nicht in Betracht. Der Lohnanteil an den Selbstkosten sei in der letzten Zeit ständig zurückgegangen. Der Förderanteil habe an der Ruhr im April 1 318 Kilogramm betragen. Das seien genau 40% mehr als 1913. Der Förderanteil stehe damit rund 212 Kilogramm oder beinahe 20% höher als in England, dem Hauptwettbewerber. Von der Leistungsseite aus sei als somit kein Grund für eine Kürzung der Bergarbeiterlöhne zu erkennen, und auch kostenmässig liege kein Grund dazu vor. Bei einem Durchschnittslohn von 9 Mark, wie er jetzt an der Ruhr bezahlt werde, bezahle der Lohnanteil 6,83 M pro Tonne. Der ständig zurückgegangene Lohnanteil wirke auf die Preisbildung für Kohle nur an sehr nachgeordneter Stelle ein. Der Hebel müsse wo anders angesetzt werden, nämlich bei den unverhältnismässig hohen Gewinnen, die in Abschreibungen, stillen Reserven und in anderen, nach aussen abgedunkelten Bilanzposten stecken.

Die Arbeitgeber erklären, an eine Preisermässigung ohne Lohnabbau sei schon deshalb nicht zu denken, weil der Anteil der fixen Kosten zurzeit der augenblicklich sehr ungünstigen Beschäftigungslage heute grösser sei als jemals. Die Unternehmer vergessen, dass auch der Bergmann unter der ungünstigen Beschäftigungslage sehr empfindlich zu leiden hat. Die ungeheure Zahl von Feierschichten zeigt, was für Nackenschläge die Bergarbeiter infolge der Absatzschwierigkeiten zu erdulden haben.

Was der 30. September, der Tag des Ablaufs des Lohntarifs bringen wird, hängt nicht zuletzt von dem Ergebnis des 14. September, d.h. vom Ausgang der Reichstagswahlen ab. Lohn- und Preisfragen sind auch ein Gegenstand der politischen Oekonomie. Bringen die Wahlen für die Arbeiter einen Erfolg, dann

werden sich die Unternehmer höchstwahrscheinlich sehr viel schneller und leichter als jetzt mit einem Verzicht auf Abbau des Reallohns abfinden, Gewinnen aber bei den Wahlen umgekehrt die Scharfmacher und ihre Hilfspölker, die Nationalsozialisten und Kommunisten, dann wird die grosse Lohnabbauaktion, die unter dem Kabinett Brüning eingeleitet worden ist, im Ruhrbergbau im verschärften und verstärkten Tempo fortgesetzt werden.

SPD. Einen erfreulichen Abschluss hat der Streik der Midinetten und Arbeiterinnen der grossen Pariser Modehäuser genommen. Binnen 24 Stunden sahen sich die Modefirmen gezwungen, vor der Forderung ihres Personals auf Tarifierhöhung von durchschnittlich zehn Prozent zu kapitulieren.

Der Demonstrationzug der Midinetten über die Pariser Boulevards war eine sensationelle Ueberraschung für die Pariser und Fremden.

SPD. Der Schiedsspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie, der am 6. August gefällt und von den Arbeitnehmern abgelehnt wurde, ist von den Arbeitgebern angenommen worden. Sie haben beim Reichsarbeitsminister Verbindlichkeitserklärung beantragt.

SPD. Der Kongress der Internationale des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals wurde am Dienstag in Kopenhagen vom Sekretär Maier-Wien, eröffnet. Aus 18 verschiedenen Ländern sind 27 Organisationen mit 524 000 Mitgliedern durch 58 stimmberechtigte Delegierte vertreten. Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde Bowen-London, gewählt, obwohl die Engländer wegen des sogenannten Zuchthaus-Gesetzes nicht aktive Mitglieder der Internationale sind.

SPD. Die Streikbewegung im nordfranzösischen Industrieviertel droht nunmehr auf die Minendistrikte in den Departments Sarne, Herauld und Averont überzugreifen. Die Gruben-Arbeiterschaft verlangt die Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz, die ihren Forderungen nach Lohnerhöhung Ausdruck geben soll.

Im nordfranzösischen Streikgebiet ist keine wesentliche Aenderung der Lage zu verzeichnen, doch nimmt die Zahl der kleinen Fabriken, die die Forderungen der sozialistischen Gewerkschaften ohne Rücksicht auf den Industrien-Verband angenommen und ihre Betriebe wieder geöffnet haben, ständig zu. Die Bemühungen des Präfekten von Lille, direkte Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Industriellen-Verband herbeizuführen, haben immer noch keinen Erfolg gehabt. Die grossen Fabrikanten sind unnachgiebig.

SPD. Der Arbeitgeberverband des Holzgewerbes hat bisher anscheinend keine allgemeine Anweisung zur Herabsetzung der Löhne gegeben. Nur ganz vereinzelt ist es zu Konflikten und Aussperrungen gekommen, so in der Stuhl- und Möbelfabrikation Rabenau und Umgegend, in Patschkau, Görlitz und Ziegenhals. Ueberall leistet die Arbeiterschaft den Lohnkürzungsdiktaten energischen Widerstand.

Das Reichsarbeitsministerium hat, wie wir hören, nunmehr einen neuen Schlichter zur Beilegung des Konfliktes ausfindig gemacht. Der Vorstand des Ministeriums soll am Mittwoch den Parteien mitgeteilt werden.

Wirtschaft Technik Handel

Deutsch-niederländischer Handelskrieg.

Von unserem holländischen Mitarbeiter.

SPD. Amsterdam, den 11. August 1930

Die deutsch-finnischen Handelsvertragsverhandlungen haben eine Woge der Erbitterung in Niederland hervorgerufen, wie sie vielleicht seit den Tagen des Weltkrieges, als Niederland seine Neutralität durch Deutschland bedroht glaubte, nicht mehr aufgetreten ist. Niederland, das Deutschland in den schweren Tagen des Waffenstillstandes und der Inflation so oft hilfreich beigeprungen ist, das ausweislich der Handelsstatistik zu den besten und zahlungsfähigsten Kunden der deutschen Industrie gehört und das deutschen Städten, deutschen Handelsunternehmungen und anderen deutschen Institutionen Hunderte von Millionen Gulden in Anleiheform zur Ermöglichung des Wiederaufbaues der deutschen Volkswirtschaft gegeben hat, kann nicht begreifen, dass es mit seinen wichtigsten Ausführprodukten plötzlich vom deutschen Markte weggewiesen werden soll.

Die niederländische Landwirtschaft hat auf dem Gebiete der Erzeugung von Butter und Käse einen hohen Grad der Leistungsfähigkeit erreicht. Sie beruht nicht auf Grossgrundbesitz, wengleich hier und da auch noch sehr grosse Besitzungen erhalten geblieben sind. Ihr Untergrund sind viele Zehntausende kleiner und mittlerer Bauern und weitere Zehntausende von Pächtern, die seit langem gut genossenschaftlich organisiert sind. So geht allein die Zahl der Genossenschaftsmolkereien und genossenschaftlichen Käsereien in die Tausende und mehr als 400 000 Land- und Molkereiarbeiter mit ihren Familien finden durch diese auf die Produktion von Qualitätsbutter und hochwertigem Käse gerichtete Landwirtschaft ihr Brot. Rechnet man diese Ziffern zusammen, dann kommt man zu der Feststellung, dass ungeachtet aller Industrialisierung des letzten Jahrzehntes ein gutes Drittel der niederländischen Bevölkerung oder etwa 2,75 Millionen Menschen noch heute von der Landwirtschaft lebt.

Natürlich wäre diese Entwicklung der Molkereien und Käsereien nicht möglich gewesen, wenn nicht seit Alters gute Handelsbeziehungen zu Deutschland bestanden hätten. Der grösste Teil der niederländischen Butter- und Käseausfuhr, ein sehr grosser Teil des Eierexportes geht und ging nach Deutschland. Unter diesen Umständen würde der Butterzoll von 50 Reichsmark neben den anderen Zollsätzen wie ein Faustschlag ins Gesicht der niederländischen Landwirte, aber auch wie ein schwerer Vertrauensbruch gegenüber dem geltenden deutsch-niederländischen Handelsvertrag wirken. Durch die jetzigen deutsch-finnischen Verhandlungen wird Hunderttausenden von Menschen in Niederland die ohnehin kärgliche Existenzgrundlage entzogen und die Arbeitslosigkeit der niederländischen Landarbeiter ungeheuer verschärft. Das ist der Untergrund der Boykottbewegung, die immer weiter um sich greift, bereits auf den Textilhandel ausgedehnt wird und schon zu der Forderung veranlasst hat, nach Möglichkeit die deutschen Arbeitskräfte in niederländischen Unternehmungen auf die Strasse zu setzen. Das deutsch-finnische Handelsabkommen zeitigt eine Springflut neuen Elends diesseits und jenseits der holländischen Grenzen!

Ohnehin wird in Niederland seit langem geklagt, dass die Reichsmaisstelle und die Deutsche Maizenagesellschaft sich "grober Verstösse" gegen den deutsch-niederländischen Handelsvertrag schuldig machen. Das seinerzeit gegen die

grosse niederländische Radio- und Glühlampenfabrik Philips in Findhoven ergangene Urteil, das es dieser Weltfirma unmöglich macht, ihre Fabrikate auf dem deutschen Markt zu verkaufen, wird in Niederland als ein Akt ausgesprochen nationalistischer Justiz gewertet; Philips selbst hat bereits darauf hingewiesen, dass er die 72 Millionen Gulden, die er bisher für Materialeinkäufe an deutsche Lieferanten gezahlt hat, auch anderen Ländern zukommen lassen kann, wenn er durch Beihilfe deutscher richterlicher Organe in Deutschland rechtens boykottiert wird. Man könnte diese Aufzählung von Vorgängen, die verbitternd gewirkt haben, nich beliebig vermehren, um zu zeigen, welche ungeheuren Fehler von deutscher Seite gegenüber dem Deutschland doch so nahestehenden niederländischen Volk begangen wurden.

Es besteht keine genaue Statistik darüber, wieviele Deutsche in Niederland ihr Brot finden, aber noch kürzlich wurde bekannt, dass allein in Limburg mehr als 7 000 deutsche Bergarbeiter arbeiten, die dort auch mit ihren Familien wohnen. Weit über 10 000 deutsche Mädchen sind als Hausangestellte in Holland tätig. Mehrere tausend deutsche Angestellte arbeiten auf den grossen Kontoren in Amsterdam und Rotterdam. Wenn ein allgemeiner Boykott der deutschen Arbeitskräfte durch die unseligen Verhandlungen mit Finnland käme, dann würden Zehntausende von Menschen arbeitslos über die deutsche Grenze zurückfluten. Gewiss kann Deutschland Gegenmassnahmen ergreifen und holländische Arbeiter in Deutschland brotlos machen. Der Niederländische Bund in Deutschland hat sich schon dagegen verwahrt, dass dieser Konflikt auf dem Rücken der in beiden Ländern als Ausländer arbeitenden Menschen ausgefochten wird.

Was aber würde die weitere Folge solcher Massnahmen sein? Das deutsch-niederländische Verhältnis wäre auf lange Jahre gründlich vergiftet, und auf irgendwelche wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung Deutschlands durch Niederland wäre in aller absehbaren Zeit nicht mehr zu rechnen. Wenn das Unheil, das hier durch eine kurzsichtige Interessenpolitik der deutschen verantwortlichen Stellen heraufbeschworen wird, noch abgewendet werden soll, dann muss es bald geschehen. Die Kreise, die Deutschland durch ihre jetzigen Verhandlungen mit Finnland wirtschaftlich isolieren und den Keim zu neuen Konflikten legen, sind wenigstens dazu angetan, sich als Vertreter des Staatsvolksgedankens aufzuspielen.

Otto Burgemeister-Amsterdam.

+ + +
Zu der holländischen Boykottbewegung wird uns aus dem Haag mitgeteilt, dass die Meldungen über Kündigung deutscher Arbeiter in Holland nicht den Tatsachen entsprechen und dass auch niederländischen amtlichen Büros keine derartigen Aufträge erteilt wurden. Die niederländische Regierung steht der Boykottbewegung völlig fern und habe noch erst kürzlich einen Deutschen zum Professor an der Universität Utrecht ernannt.

SPD. Der Deutsche Landwirtschaftsrat veröffentlicht eine neue Ernteschätzung für den 15. Juli, die folgendes ergibt: Die Ergebnisse der Erhebung für Winterweizen schwanken zwischen 69,4 und 99,9 % (wenn 100 % einen im allgemeinen günstigen Saatenstand bedeuten). Die Verschlechterung des Saatenstandes ist besonders stark in Niederschlesien, in der Rheinprovinz mit 17 % und in der Provinz Sachsen mit 10,8 %. Bei Winterroggen waren die Verschlechterungen am stärksten in Baden mit 17,2 %, in Niederschlesien mit 13,6 %, in der Provinz Sachsen mit 12 %, in Brandenburg mit 11,5 %, in der Rheinprovinz mit 10,2 % und in Pommern mit 9,5 %. Man wird demnach nicht damit rechnen können, dass die diesjährige Roggenernte die vorherige erreicht, zumal gerade die Druschergebnisse in diesem Jahr enttäuschen sollen, diese aber der Erhebung am 15. Juli noch nicht zugrunde gelegen haben. Bei Hafer wurde der Saat-

tenstand am 15. Juli 1930 von den Berichterstattern in den einzelnen Landes=teilen mit 52,5 % in Niederschlesien bis 90,7 % in Oldenburg beurteilt. Die Ernte verspricht durchweg erheblich geringer zu werden als im Vorjahr. Der Minderertrag gegenüber dem Vorjahr würde, nach den Erhebungen vom 15. Juli zu urteilen, betragen in Brandenburg 32,7 %, in Pommern 21,9 %, in der Grenzmark 32,8 %, in Niederschlesien 34 %, in Oberschlesien 32,5 % und in Bayern 11,9 %. Bei der Sommergerste beträgt der Unterschied zwischen den Julierhebungen dieses Jahres und des Vorjahres in Ostpreussen 7,8 %, in Brandenburg 23,1 %, in Pommern 18,2 %, in der Grenzmark 20,1 %, in Niederschlesien 18,3 %, in Oberschlesien 18,5 %, in der Provinz Sachsen 7,3 %, in Hannover 10,5 %, in Bayern 8,5 % und im Freistaat Sachsen 11,9 %. Der Saatenstand für Kartoffeln wurde am 15. Juli 1930 durchweg ungünstiger beurteilt als am 15. Juni 1930 und am 15. Juli 1929. Ein Vergleich der Julierhebungen zeigt in Brandenburg in diesem Jahr einen um 15,2 % schlechteren Stand, in Pommern um 12,3 %, in der Grenzmark um 17 % und in Niederschlesien um 32,9 %.

SPD. Bekanntlich versuchen die Hausbesitzer durch Anwendung unerlaubter Mittel zu einer höheren als der gesetzlichen Miete zu kommen; sie haben es vielfach erreicht, dass eine weit höhere Miete als die gesetzliche bezahlt wird. So vereinbaren viele Hausbesitzer mit den Kokslieferanten die Gewährung von Sonder- und Geheimrabatten, Kassakonto usw. Das wird dem Mieter bei der Berechnung der Kohlenumlagen verheimlicht. Die Hausbesitzer bereichern sich damit in durchaus unzulässiger Weise.

Leider wird den Mietern von den Gerichten nicht immer der gegen solche unlauteren Massnahmen notwendige Schutz gewährt. In einem erstinstanzlich vor dem Landgericht I. Berlin, durchgeführten Falle, in welchem erwiesenermassen die Ehefrau des Hauswirts auf dessen Veranlassung von Kohlenlieferanten einen hohen Geheimrabbatt erhielt, hat das Landgericht I unter Nr. 48.0.785.29/41 entschieden, dass der Hauswirt nicht verpflichtet sei, diese Beträge bei der Aufstellung der Heizumlage zu berücksichtigen und an die Mieter auszukehren. Im Interesse der Allgemeinheit wäre zu wünschen, dass das Kammergericht zu einem anderen, die Rechte der Mieter wahrenen Standpunkt kommen möge. Sollte das erstinstanzliche Urteil Rechtskraft erhalten, so würde es sich für alle Hauswirte, die mit ihren Frauen in Gütertrennung leben, empfehlen, beim Kohleneinkauf die mit den Lieferanten vereinbarten Geheimrabatte an die Ehefrauen zahlen zu lassen. Diese Hauswirte können dann die Mieterschaft um Millionen betrügen, ganz straffrei, denn das Gericht schützt sie ja.

SPD. Unser Frankfurter Mitarbeiter meldet: "Bekanntlich hat die Stadt Frankfurt a. Main vor einigen Jahren in der Nähe von Rossenray im Rheinland Kohlenfelder erworben in der Absicht, sie im Interesse der Frankfurter Gasproduktion auszubenten. Diese Ausbeute sollte auch der von Frankfurt geplanten Gasfernversorgung dienen. Zu diesem Zweck wurde unter Führung der Frankfurter Gasgesellschaft die Südwestdeutsche Gas-A.G. (Südweg) gegründet, der sich eine ganze Reihe süddeutscher Städte, u. a. Offenbach, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Stuttgart anschlossen. Dieser Plan wurde durchkreuzt durch den Vertrag, den die hessische Kommunal-Gasversorgung (Hekoga) mit der Ruhrgas A.G. über die Belieferung Hessens mit Ferngas von der Ruhr her abschloss. Vor einigen Monaten hat nun die Ruhrgas A.G. der Frankfurter Gasgesellschaft ein Kaufgebot für die rheinischen Kohlenfelder gemacht, dabei aber einen Preis genannt, der so tief unter dem Kaufpreis lag, dass dieses Angebot in Frankfurt von vornherein nur als ein Tastversuch angesehen wurde. Im Laufe dieser Woche wird die Frankfurter Gasgesellschaft nun

endgültig zu diesem Angebot Stellung nehmen. Wie wir hören, wird der Aufsichtsrat ablehnen, mit der Ruhrgas A.G. wegen Abstossung der rheinischen Kohlenfelder in Verhandlungen einzutreten. Frankfurt also wird seine Kohlenfelder weiter behalten und zwar schon mit Rücksicht darauf, dass die Frage der Gasversorgung Frankfurts noch vollständig ungeklärt ist. Es besteht hier keine Neigung, sich dem Lande Hessen anzuschliessen und Ferngas von der Ruhr zu beziehen".

SPD. Es ist verwunderlich, dass im Rahmen der Brüning'schen Preisabbauaktion so wenig über das Submissionsunwesen gesprochen wird. Tatsache ist, dass die öffentlichen Stellen, Behörden usw. durch die Ringbildung der Unternehmer stark übers Ohr gehauen werden. Wir empfehlen der Regierung das Studium des nachfolgenden Materials, das unbedingt bei der Erörterung im Reichswirtschaftsrat über den Kartellunfug berücksichtigt werden muss.

Die "Deutsche Bergwerkszeitung" hatte am 5. August das Bedürfnis, unter dem Titel "Ein Musterbeispiel staatlicher Subventionspolitik" die Schichauwerke in Elbing wieder einmal mit der Behauptung zu denunzieren, dass dieses in erster Linie aus politischen Gründen vom Staat subventionierte Unternehmen, auf Kosten der Steuerzahler und lediglich vermöge der staatlichen Subventionen durch Preisunterbietung unlautere Konkurrenz treibe. Nach der Bergwerkszeitung sind auf Ausschreibungen eines grossen Hamburger behördlichen Auftraggebers von acht Firmen, darunter einige mit Weltrup, Angebote gemacht worden. Sieben dieser Firmen machten Angebote zwischen 355 000 und 360 000 Mk. Die achte Firma war Schiachau in Elbing; deren Angebot lautete auf 266 000 M., also auf rund 90 000 Mark weniger. Daraus wird von der "Deutschen Bergwerkszeitung" der Schluss gezogen, dass das Schiachauangebot weit unter Selbstkosten erfolgt sein muss. Schiachau müsse von vornherein mit einem Verlust von 70 bis 80 000 Mark gerechnet haben. Diese ganz offenbare Schleuderkonkurrenz sei nur mit Staatshilfe möglich; die Folge der Unterbietungen muss Stilllegungen und im Effekt die Bevorzugung des Auslandes vor dem Inland bedeuten. Die Beseitigung dieser Art Subventionspolitik sei unter allen Umständen notwendig.

Wir haben über den Fall aber Erkundigungen eingezogen und dabei folgendes heraus: Als die Schichauverwaltung von der grossen Differenz zwischen ihrem Angebot und denjenigen der anderen Firmen hörte, war sie zunächst betroffen. Die Nachprüfung zeigte aber, dass alles in Ordnung war. Als man dennoch um des Friedens willen das Angebot bei Hamburg zurückziehen wollte, erklärte der Hamburger Auftraggeber, dass die Kalkulation wahrscheinlich durchaus in Ordnung sei, denn sie stimme mit der von einem Sachverständigen eingeholten Vorkalkulation überein, nach der zu erwarten war, dass der Auftrag etwa für 260 000 Mark durchgeführt werden könne. Darauf hat Schichau den Auftrag auch erhalten. Von der Hamburger Seite wurde es für wahrscheinlich gehalten, dass die sieben anderen Firmen einen kartellmässigen Angebotsring gebildet hätten, um, wie üblich, auch in diesem Falle den Behördlichen Auftraggeber mit den Preisen hochzunehmen. Auf die Kritik in der Bergwerkszeitung hin hat auch der Aufsichtsrat von Schichau-Elbing, in dem Reich und Staat vertreten sind, den Fall nachgeprüft und ihn absolut in Ordnung gefunden. In dem Schichau-Angebot waren restlos sämtliche Selbstkosten enthalten, wozu noch ein beträchtlicher Regiekostenzuschlag in ausreichender Höhe kam. Der Schichau-Vorstand ist durch den Aufsichtsrat verpflichtet, jede Preisschleuderei zu unterlassen, nur nach normalen Kalkulationen zu arbeiten und steht ausserdem unter ständiger Kontrolle des Aufsichtsrats.

Danach liegt der Fall Schichau vollkommen klar: Die Schichauwerke waren nicht in dem Ring der anbietenden Unternehmer. Als Aussenseiter machten sie ein normales Angebot. Die Absicht der Ringbildung, mit hochgehaltenen Preisen den behördlichen Auftraggeber zu schröpfen, war durchkreuzt. Um den

lästigen Konkurrenten und Aussenseiter totzuschlagen, wurde er in der Bergwerkszeitung in wahrheitswidriger Weise denunziert. Die Tatsache, dass Schichau aus Gründen der deutschen Ostpolitik zur Zeit subventioniert wird, war die Fussangel, mit der dieser Konkurrent und Gefährliche Aussenseiter erledigt werden sollte.

Wir glauben, die deutsche Kartellpolitik hat aus diesem Fall eine Lehre zu ziehen. Der Fall Schichau beweist, dass man offene und geheime Kartelle dadurch unwirksam machen kann, dass der Staat überall da, wo er eigene oder vom Staat kontrollierte Unternehmungen als Aussenseiter auftreten lassen kann, das auch tun muss, wenn die Preisbildung von den Kartellen und Ringen in wirtschaftsgefährdender Weise beeinflusst wird.

SPD. Der Allgemeine Niederländische Molkereiverband, der die holländische Boykottbewegung gegen deutsche Waren proklamiert und propagandiert hat, teilt jetzt mit, dass der Boykott von deutschen Waren vorläufig aufgehoben sei. Die Massnahme wird mit dem Abbruch der deutsch=finnischen Verhandlungen begründet.

+ + +

Der Beschluss des Niederländischen Molkereiverbandes war nach den Verhandlungen in den letzten Tagen zu erwarten. Bei dieser Gelegenheit erfährt man, dass deutsche Abwehrmassnahmen grössten Stils besonders in Westdeutschland eingesetzt hatten. Hier ist zu fordern, dass sie unbedingt und sofort liquidiert werden. Wir halten das für notwendig, um die Atmosphäre möglichst schnell zu entgiften.

Das ist sicherlich leichter gefordert als getan. Zweifellos bleibt auf beiden Seiten eine höchst bedenkliche Verstimmung zurück. Daran wird man durch Einstellungsbeschlüsse nichts ändern, besonders deshalb nicht, weil die Situation auf deutscher Seite durchaus ungeklärt ist. Gewiss, mit dem Abbruch der deutsch=finnischen Privatverhandlungen ist dem Boykottbeschluss des Niederländischen Molkereiverbandes zunächst die Grundlage entzogen. Mit Recht verweist aber der Niederländische Molkereiverband darauf, dass die deutsche Butterpolitik derart unsicher sei, dass man mit anderen Interessenten vorsorglich weitere Abwehrmassnahmen in Erwägung ziehe, die, falls sie sich als notwendig erweisen, später unverzüglich durchgeführt werden könnten. Damit wird auf die Forderungen der deutschen Agrarier verwiesen, den deutsch=finnischen Handelsvertrag zu kündigen. Die Holländer lassen uns darüber keinen Zweifel, dass mit der Kündigung der Kriegsfall gegeben ist und wir wissen, dass wir es dann nicht nur allein mit einem holländischen Boykott, sondern auch mit dem Boykott anderer Länder zu tun bekommen werden, die für unsere Warenausfuhr von ausschlaggebender Wichtigkeit sind.

So gut wie in Deutschland wird man es ja auch im Ausland wissen, dass der Reichsernährungsminister Schiele sich gegenüber den Interessenten zu einer Kündigung des deutsch=finnischen Handelsvertrages verpflichtet hat. Man will wissen, dass Schiele aus der Kündigung eine Kabinettsfrage machen will.

Die deutsche Regierung hat angesichts dieser Unsicherheit und dieser drohenden Gefahr zu erklären, was sie will. Sie hat zu erklären, ob sie den Handelskrieg mit einem Dutzend von Staaten riskieren will und ob sie den Mut hat, in der fürchterlichen Wirtschaftskrise den Arbeitsmarkt mit Hunderttausenden von arbeitslos= und brotlos gewordenen Existenzen neu zu belasten.

SPD. Nach dem nordamerikanischen amtlichen Saatenstandsbericht für den 1. August ds. Js. ist mit einem Ausfall der Maisernte um 590 Millionen Bushels gegenüber dem Vorjahr zu rechnen. Nach den Schätzungen dürfte sich der Verlust bis Mitte August um etwa 100 Millionen Bushels steigern. (Die nordamerikanische Dürre hat vor allem die Maisernte getroffen; die Weizenernte, die bereits beendet ist, wurde davon wenig berührt).

SPD. Die Schroederbank in Bremen, hinter der ein weitverzweigter Werft- und Maschinenkonzern steht, schüttet für das im Juni abgelaufene Geschäftsjahr wieder eine Dividende von 12 % aus. Bei den Einnahmen aus Zinsen und Gebühren liegt ein Rückgang von fast 3 Millionen auf 5,8 Millionen Mark vor. Die Steuern haben sich mit 800 000 Mark halbiert. Dagegen sind die Unkosten von 1,9 auf 2,3 Millionen Mark gestiegen. Bei Berücksichtigung der Abschreibungen, über deren Natur und Ausmass sich nichts sagen lässt, ergibt sich ein Reingewinn von 2,2 Millionen Mark gegenüber 4,8 Millionen Mark im Vorjahr. Die schlechtere Lage im Bankgewerbe könnte evtl. darin zum Ausdruck kommen, dass das Unternehmen in diesem Jahr eine Abschreibung auf das Bankgebäude nicht vorgenommen hat.

SPD. Die amerikanische Automobil- und Lastwagenproduktion belief sich im Mai auf insgesamt 355 475 Wagen gegenüber 417 406 Wagen im Mai des Vorjahres. Die Totalproduktion während des ersten Halbjahres 1930 macht 2 219 546 Wagen aus, also fast genau eine Million Wagen weniger als im ersten Halbjahr 1929.

Berliner Viehmarkt.

(12. August).

SPD. Die Preissteigerungen für Schweine und Kälber erlitten am Dienstagmarkt eine Unterbrechung, da der Auftrieb hinreichend war. Bei Schweinen gaben die Preise in allen Klassen und sehr erheblich nach, was angesichts der Tatsache, dass der Markt mit 18 000 Tieren um etwa 4 000 Stück zu reichlich beschickt war, erklärlich ist. Auf dem Kälbermarkt traf der Preisrückgang besonders die schweren Kälber. Der Hammelmarkt entwickelte sich ruhig bei letzten Notierungen. Auf dem Rindermarkt zogen, da der Auftrieb zu klein war, die Preise weiter an. Allerdings hielt sich die Preissteigerung in Grenzen.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 45-50 (voriger Markt 45-49), b) 39-43 (38-42), c) 34-37 (33-35), d) 30-32 (29-31)
Kälber: a) - (-), b) 68-74 (70-78), c) 65-75 (66-75), d) 55-63 (55-63).
Schweine: a) (über 300 Pfd.) 58-60 (65-67), b) (240-300 Pfd.) 58-64 (67-70), c) (200-240 Pfd.) 60-65 (68-70), d) (160-200 Pfd.) 59-64 (67-70), e) (120-160 Pfd.) 58-60 (65-66) f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 56-58 (61-63).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotationskommission vom 12. August: I. 131 Mark, II. 127 Mark, III. 111 Mark je Zentner, Tendenz: ruhig.

Reger bei niedrigeren Preisen.

(Getreidebörse vom 12. August)

SPD. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse lagen am Dienstag etwas niedriger. Auf Grund dieser billigeren Preise setzten indes sofort Deckungskäufe ein, sodass die Notierungen am Schlusse wieder erheblich fester lagen. Im Handel mit effektiver Ware war ausreichendes Angebot in Weizen und Roggen vorhanden. Infolge der gebesserten Witterung und des schleppenden Mehlabsatzes liessen sich aber die Preise hier nicht voll behaupten, sodass Roggen 2 Mark, Weizen 1 Mark verlor. Auf dieser Basis konnte sich ziemlich reges Geschäft entwickeln. Der Mehlmarkt blieb vollkommen leblos, obwohl die Forderungen der Mühlen teilweise ermässigt waren. Am Hafermarkt war Ware aus neuer Ernte zum Teil in besseren Qualitäten vorhanden. Infolgedessen zeigte sich auch vermehrtes Kaufinteresse. Gerste hatte stetige Tendenz; befahrt wurden nur feine Brauqualitäten. Futtergerste wurde mehrfach nach Westdeutschland gehandelt.

	<u>11. August</u>	<u>12. August</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	245 - 248	246 - 249
Roggen	161	161
Braugerste	210 - 232	210 - 230
Futter- und Industriergerste	183 - 200	183 - 200
Hafer	183 - 192	183 - 192
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,50 - 37,50	29,50 - 37,50
Roggenmehl	22,50 - 25,00	22,50 - 25,00
Weizenkleie	9,25 - 9,75	9,50 - 9,75
Roggenkleie	9,50 - 9,75	9,50 - 9,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 260-261 $\frac{1}{2}$ (Vortag 261), Oktober 263-265 (264), Dezember 270-272 (270 $\frac{1}{2}$). Roggen September 172-173 (173), Oktober 174-175 (175 $\frac{1}{2}$), Dezember 183 $\frac{1}{2}$ -185 (185 $\frac{1}{2}$). Hafer September 177 bis 178 Geld (178 $\frac{1}{2}$), Oktober 180 (181), Dezember 186 (187).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen).....	RM	0.90 - 1.00
" Weizenstroh " "	"	0.75 - 0.90
" Haferstroh " "	"	0.70 - 0.80
" Gerstenstroh " "	"	0.70 - 0.80
Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt.....	"	0.80 - 1.00
Bindfädengepresstes Roggenstroh	"	0.70 - 0.85
" Weizenstroh	"	0.60 - 0.75
Häcksel Tendenz still...	"	1.40 - 1.55
Handelsübliches Heu, gesund und trocken.	"	1.55 - 1.90
Gutes Heu, gesund und trocken.	"	2.20 - 2.50
Thymothee, lose.	"	2.50 - 2.90
Kleeheu, lose	"	2.50 - 2.80
Drahtgepresstes Heu	"	0.40 über Notiz
Tendenz stetig.		

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

3. Tag. V. Klasse - Vormittagsziehung vom 12. August.

2 Gewinne zu je	25 000 Mk.	387561					
2 Gewinne zu je	10 000 Mk.	74749					
2 Gewinne zu je	5 000 Mk.	69015					
8 Gewinne zu je	3 000 Mk.	40208	53665	112756	226206		
18 Gewinne zu je	2 000 Mk.	13074	46567	69408	74482	128649	135516
		141291	184469	356194			
36 Gewinne zu je	1 000 Mk.	24227	46644	105393	129365	133804	138013
		152595	156871	188500	296125	306096	309410
		327547	364191	373472	381847	383296	392304
96 Gewinne zu je	500 Mk.	6544	10983	16284	31617	38054	41934
		60347	88021	88690	90026	93452	100083
		104475	110488	111565	114898	116308	127432
		136196	143475	145106	164850	172566	178808
		183267	192315	214517	215258	219107	224405
		266022	267860	269270	280664	281520	283111
		289239	323621	326504	328364	337747	352597
		361675	362533	364975	366954	378929	380080
234 Gewinne zu je	300 Mk.	795	6242	7192	7490	23498	32825
		43231	49912	52562	65129	65159	67901
		68331	70311	70998	72678	75988	78817
		79780	82483	85131	89392	90810	92860
		100857	106569	107782	111362	111542	112656
		115240	118857	119950	123055	124149	126287
		131565	140328	145971	146100	152607	156412
		161517	163655	167887	170290	172601	174043
		174326	180735	182766	183080	183844	188580
		191425	191838	192249	195786	202578	204784
		205885	208460	209643	214470	220885	221273
		222636	227781	231316	231934	237630	240613
		242253	248495	250330	253059	253870	254013
		254446	257793	259736	259794	261213	267743
		269065	269535	270051	278661	286843	288630
		289932	291727	292493	293630	295769	297142
		301153	304539	305751	312780	315505	315852
		336383	346012	348507	350699	360049	368570
		386140	390284	390853	391610	391669	392411
		394308	395219	397722.			

3. Tag. V. Klasse - Nachmittagsziehung vom 12. August.

6 Gewinne zu je	5 000 Mk.	47879	328100	374796			
6 Gewinne zu je	3 000 Mk.	41736	121082	278010			
20 Gewinne zu je	2 000 Mk.	1148	46047	72841	141844	158165	220102
		228573	231637	280183	280432		
34 Gewinne zu je	1 000 Mk.	3803	10320	18804	55266	79146	206172
		213685	225572	248933	253709	262592	301639
		314575	337933	338717	345298	363483	
102 Gewinne zu je	500 Mk.	1344	7148	29647	36216	43807	50829
		66072	69464	80303	80490	95785	112346
		112415	119413	119805	133300	152516	156006
		161518	177828	183048	186111	188187	189616
		194804	207259	209164	234638	242792	252040

	262706	267871	271310	279000	289926	295491
	318668	321785	333039	337804	352753	355664
	356904	358743	361801	366008	370747	371257
	388481	392568	395085			
204 Gewinne zu je 300 Mk.	3370	15705	18898	20377	22139	22580
	31896	31898	35379	37823	50342	56946
	57585	68183	69334	70813	76081	83690
	93883	105180	110406	111298	115484	126085
	130475	133323	137358	142168	144781	144892
	145740	149559	152236	152806	153704	161345
	162309	164211	172693	178391	186219	187899
	192396	193430	198734	199608	205979	206802
	208540	212115	212270	213020	217370	219703
	222342	245302	252520	254178	265042	272790
	286432	287964	289877	290780	292924	293669
	297416	298249	303912	303939	308917	314857
	315318	320050	321378	326888	327330	334353
	346482	353728	355959	355987	356391	356947
	358183	360526	365118	368948	371563	373966
	378211	378805	379525	382813	383013	383843
	386338	387273	390111	397959	398390	399747

Im Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je 500 000 Mk.	2 Gewinne zu je 500 000 Mk.
2 Gewinne zu je 300 000 Mk.	2 Gewinne zu je 200 000 Mk.
2 Gewinne zu je 100 000 Mk.	2 Gewinne zu je 75 000 Mk.
4 Gewinne zu je 50 000 Mk.	10 Gewinne zu je 25 000 Mk.
84 Gewinne zu je 10 000 Mk.	150 Gewinne zu je 5 000 Mk.
408 Gewinne zu je 3 000 Mk.	712 Gewinne zu je 2 000 Mk.
1920 Gewinne zu je 1 000 Mk.	4050 Gewinne zu je 500 Mk.
1074 Gewinne zu je 300 Mk.	

SPD.

.....